



Gemeinde Obersiggenthal

Protokoll des Einwohnerrates

Amtsperiode	2022/2025
11. Sitzung	Mittwoch, 30. Oktober 2024 19:00 Uhr, Aula OSOS Obersiggenthal
Vorsitz	Jenni Mara, Präsidentin
Protokoll	Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Stimmenzähler	Esther Reimann Ursula Spinnler
Anwesend	38 Mitglieder des Einwohnerrates 5 Mitglieder des Gemeinderates Bernhard Wehrli, Leiter Abteilung Finanzen Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II
Entschuldigt	Jürg Stucki, Gemeindeschreiber Ute Deters-Evers Christian Buser
Ende der Sitzung	23:59 Uhr

Behandelte Geschäfte			Seite
1	2024/07	Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll	2
2	2024/08	Reglement betreffend die Gebühren für die Sondernutzung des öffentlichen Grundes und Bodens für die Elektrizitätsversorgung	6
3	2024/09	Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug (TLF) – Verpflichtungskredit von CHF 645'000 inkl. MwSt.	8
4	2024/10	Postulat OpenSunday – Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen	14
5	2024/11	Erhöhung des Stellenplans des Bereichs Bau und Planung um 125%	20
6	2024/13	Budget 2025	30
7	2024/14	Aufgaben- und Finanzplan	24
8	2024/15	Termine 2025	48
9	2024/ 16	Umfrage	48

Mara Jenni, Präsidentin: Ich eröffne hiermit offiziell die 11. Einwohnerratssitzung der laufenden Legislatur 2022-2025. Die Unterlagen wurden euch rechtzeitig zugestellt. Es gibt auch heute wieder eine Pause mit Kaffee und Kuchen. Die Pause machen wir ca. um 20:15 Uhr, dies wird ungefähr beim Traktandum vier oder fünf sein. Einen Treffpunkt nach der Sitzung gibt es noch keinen, wir haben nichts reserviert, weil diese Sitzung je nach dem etwas länger gehen könnte. Zum Ablauf dieser Sitzung: Mir ist klar, dass einige Personen gerne die Sitzung heute durchbringen würden, während andere es lieber hätten, wenn man sie aufteilt. Wenn wir ca. um 22:15 Uhr beim Budget 2025 angekommen sind, machen wir eine kurze Abstimmung darüber, ob wir die Sitzung durchziehen oder ob wir morgen mit der Sitzung weitermachen.

1 2024/01 Formelles, Mitteilungen, Neueingänge, Protokoll

Mara Jenni, Präsidentin: Als erstes muss ich bekannt geben, dass es eine Korrektur auf der Traktandenliste der heutigen Sitzung gibt. Das Traktandum Aufgaben- und Finanzplan und das Budget, tauschen die Plätze. Der Aufgaben- und Finanzplan, das ist das Geschäft 2024/14 kommt als Traktandum sieben und das Budget also das Geschäft 2024/13 kommt als Traktandum acht.

Folgende Personen haben sich entschuldigt: Christian Buser und Ute Deters-Evers. Marco Erni ist auch noch nicht anwesend, ich weiss nichts von einer Entschuldigung oder Verspätung. Wir sind momentan 37 vereidigte Einwohnerräte und damit wäre das absolute Mehr 19. Jetzt ist es so, dass sowohl Ute Deters-Evers als auch Christian Buser abwesend sind, wir eine zweite zusätzliche StimmenzählerIn brauchen. Ich habe bereits Esther Reimann gefragt, weil sie das schon Mal gemacht hat. Wir müssten aber trotzdem noch kurz darüber abstimmen, ob das von euch genehmigt wird. Ich bitte euch schnell aufzuzeigen, ob Ihr damit einverstanden sind, dass Esther Reimann der Ersatz ist. Das sieht einstimmig aus.

Dann kommen wir zu den Beschlüssen, die Rechtskraft erlangt haben. Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist, ist am 5. August 2024, folgender dem fakultativen Referendum unterstellten Beschluss des Einwohnerrates vom 13. beziehungsweise 27. Juni 2024 in Rechtskraft erwachsen: Genehmigung Schulraumplanung Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 90'000.

Dann kommen wir zu den **Mitteilungen** und ich übergebe das Wort an die Frau Gemeindeammann.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: In der Presse ist während den Herbstferien von einem Überbauungsprojekt auf dem Sternenplatz zu lesen gewesen. Der Gemeinderat hat in diesem Gremium bereits mehrfach darüber gesprochen. Tatsächlich sind wir dabei, eine Machbarkeitsstudie auszuarbeiten, dabei prüft der Gemeinderat eine Vergabe dieses Areals. Es handelt sich um Grundstücke der Gemeinde, die überbaut werden können und sich in einer normalen Bauzone befinden. Das heisst nicht in öffentlichen Zonen, in einer Grünzone oder in einer landwirtschaftlichen Zone. Der Standort des Areals ist allen bekannt und dürfte auch den Ortskundigen klar sein, dass das Areal einige Herausforderungen bietet. Im Zuge dieser Abklärungen ist die Gemeinde auf alle unmittelbaren Nachbarn zugegangen und hat sich nach ihren Absichten erkundigt. Selbstverständlich haben wir auch den Eigentümer der Parzelle 24, auf dieser steht das Restaurant 3-Sterne, kontaktiert. Und ja, die Parzelle 24 haben wir ebenfalls in der Machbarkeitsstudie berücksichtigt. Alles andere wäre in den Augen des Gemeinderates fahrlässig gewesen, da wir abklären mussten, welche Möglichkeiten bestehen. In der Presse war zu lesen, dass der Eigentümer auch einen Kaufpreis genannt hat. Die Realitätsbezogenheit, beziehungsweise wie realistisch der genannte Preis ist, mussten wir ebenfalls überprüfen. Wir sind mittlerweile schon relativ weit mit diesen Abklärungen und konzentrieren uns auf eine Variante, die die Parzelle 24 nicht miteinbezieht. Dass der Eigentümer des Restaurants 3-Sterne derzeit auch seine Liegenschaft umbauen möchte, ist ein Zufall.

Eine weitere Mitteilung zur Umsetzung des Parkierungsreglements: Die Auflage der Signalisationsplänen lief bis zum 28. Oktober 2024, diese wurde publiziert und es sind fünf Einsprachen eingegangen. Wir sind derzeit dabei, die Verhandlungen zu terminieren. Die ersten drei finden nächste Woche statt.

Die Gemeinde wurde mehrfach angesprochen, wie es mit der Instandstellung der Liegenschaften bzw. der Gebäude steht, die im Zuge der Explosion vom 13. Juni 2024 beschädigt worden sind. Die Gemeinde ist auf die Eigentümer zugegangen. Von der Schulstrasse 7/9, dem gleichen Eigentümer, bei dem auch die Tiefgarage betroffen ist, haben wir eine Rückmeldung erhalten. Die Schaufensterscheiben haben relativ lange Lieferfristen und sobald diese geliefert werden, sollten sie eingesetzt und die Geschäfte wiedereröffnet werden. Man rechnet mit Ende 2024 oder Anfang 2025. Für die Tiefgarage ist ein Baugesuch notwendig, da sich die Normen seit der ursprünglichen Erstellung geändert haben, insbesondere die Vorgaben betreffend Statik und Brandschutz. Deshalb wurde auch eine Fachperson einbezogen. Der Vertreter hofft, dass die Tiefgarage bis zum Sommer/Herbst 2025 wiederhergestellt sein könnte. Zur Schulstrasse 5, dort wo sich die Pizzeria, ein Coiffeurgeschäft und ein Optiker befanden, haben wir noch keine Rückmeldung.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich möchte Sie über den aktuellen Stand der Sanierung vom Hallen- und Gartenbad informieren. Entgegen der Hoffnung, dem Publikum während der ganzen Sanierungszeit, das Schwimmen entweder im Hallen- oder im Freibad anbieten zu können, hat das Bad jetzt im Oktober und November leider geschlossen werden müssen. Es sind verschiedene Gründe die für die Verzögerung der Eröffnung vom Hallenbad verantwortlich sind.

Zum einen hat man bei der Entfernung von den längs- und stirnseitigen Glasfassade vom Hallenbad im Sommer zwei nicht vorhersehbare Mängel entdeckt, einen kleineren und einen grossen. Die Dachrand-Betonbrüstung vom Hallenbad ist mit Anker an der Hallenbaddecke befestigt. Diese Verbindungsanker sind, vermutlich durch den chlorhaltigen Wasserdampf aus der Halle, unbrauchbar korrodiert. Es haben rund 100 neue Anker gebohrt, besorgt und verbaut werden müssen. Viel schwerer wiegt und vor allem sehr teuer ist es, dass bei den Bodenplatten unter den Sitzbänken im Halleninnern die Bewehrung teilweise freigelegt und mit Querschnittverlust stark korrodiert ist. Damit die Statik vom Gebäude gewährleistet werden kann, sind zusätzliche Betonsanierungen im grösseren Ausmass und Verstärkung von den bestehenden Betonstrukturen notwendig. Die neue Fassade kann erst nach Vollendung von diesen aufwendigen und zusätzlichen Arbeiten montiert und damit das Gebäude rundum wieder verschlossen werden. Erst dann ist das Hallenbad wieder benutzbar. Es sollte ab 1. Dezember 2024 wieder für das Publikum geöffnet werden können.

Die Erstellung der Kanalisation hat ebenfalls zum Zeitverlust beigetragen. Durch die Verstärkung der Bodenplatten in den Innengarderoben ist die Kanalisation tiefer zu liegen gekommen, als ursprünglich geplant und hat damit nicht mehr an den Anschluss an die bestehende Kanalisation ausserhalb der Garderobe gepasst. Man hat die Kanalisation neu planen und anders als Vorgesehen bauen müssen. Unter anderem hat es auch einen offenen Graben im Schwimmbadweg gebraucht, was die Zufahrt zur Liegenschaft für die Baustellenfahrzeuge für diese Zeit unmöglich gemacht hat.

Weiter zum Zeitverlust beigetragen haben auch die beiden Starkregen anfangs September. Wegen der demontierten Fassade ist eine beträchtliche Menge Wasser in die Innengarderobe eingedrungen, das musste beseitigt und die Räume trockengelegt werden. Zur Vermeidung von Schäden sind die Ausbauarbeiten der Garderobe bis nach dem Einbau der Hallenbadfassade unterbrochen worden. Darum werden bei der Eröffnung vom Hallenbad am 1. Dezember 2024 auch nur provisorische Garderoben zur Verfügung stehen.

Über die Kostensituation besteht aktuell keine Klarheit. In diesen Tagen aber sollten alle Informationen vorliegen, damit ein Überblick zu Händen vom Gemeinderat erstellt werden kann.

An der Einwohnerratssitzung vom 13. bzw. 27. Juni 2024 ist zur Information über den Kostenstand von der Sanierung Hallen- und Gartenbad von Einwohnerräten gesagt worden, die ausgewiesene Baukostenteuerung sei um CHF 60'000 zu hoch und somit falsch. Auf der gezeigten Folie ist der für die Berechnung der Teuerung benutzte Baukostenindex ersichtlich. Es handelt sich um den Baukostenindex für die Nordwestschweiz. Die vorgestellten Zahlen mit 14.65 % bzw. CHF 1'347'100 sind also korrekt, wie man in der untersten Zeile nachkalkulieren kann.

An der gleichen Einwohnerratssitzung ist zum gleichen Thema von Einwohnerräten gesagt worden, der bewilligte Kredit sei höher als der ausgewiesene Kreditbetrag und damit falsch. Auf der gezeigten Folie sind die Beschlüsse vom Einwohnerrat sowie der Antrag im Abstimmungsbüchlein zur Volksabstimmung zitiert. Der vorgestellte Kreditbetrag von CHF 9'195'000 ist also korrekt und der Beschluss vom Einwohnerrat kann jederzeit auf der Homepage der Gemeinde nachgelesen werden.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich habe heute eine Information zum Jugendnetz für Sie. Wie Sie wissen, betreiben wir gemeinsam mit unserer Nachbargemeinde Untersiggenthal das Jugendnetz Siggenthal. Die Basis dafür ist ein Gemeindevertrag vom Jahr 2006, der 2010 erneuert wurde. Zum Jugendnetz gehören die beiden Bereiche Jugendarbeit und Schulsozialarbeit. Operativ ist das Jugendnetz in unserer Gemeinde in der Verwaltung integriert, das heisst, wir sind die Leitgemeinde. Wir sind für den Betrieb verantwortlich und das Personal ist bei uns in der Verwaltung angestellt. Strategisch wird diese Abteilung von der Jugendkommission gesteuert und dort drin sind Vertreterinnen und Vertreter der beiden Gemeinden. Ende Januar 2025 wird unser langjähriger Abteilungsleiter in Pension gehen. Das hat den Anstoss gegeben über die Ausgestaltung dieser Zusammenarbeit nachzudenken. Bei der Überprüfung hat man festgestellt, dass im Bereich Schulsozialarbeit eine weitere Zusammenarbeit wenig Sinn macht. Es gibt kaum Synergieeffekt ausser, dass man gegenseitig Intervention machen kann. Es bindet aber die beiden Gemeinden an diesen Vertrag und hemmt sie daran, ihre eigenen Wege zu gehen und die Schulsozialarbeit auf die eigenen Bedürfnisse auszurichten. Aus diesem Grund haben die beiden Gemeinderäte übereinstimmend entschieden, dass man die Schulsozialarbeit aus dem Jugendnetz auslösen würde. Das geht zurück auf eine Empfehlung der JUKO und die beiden Gemeinden sind dieser Empfehlung gefolgt. Weil diese Zusammenarbeit im Gemeindevertrag geregelt ist, muss der Einwohnerrat abschliessend darüber entscheiden. In der Gemeinde Untersiggenthal ist es die Gemeindeversammlung die das entscheidet. Die Änderung von diesem Gemeindevertrag, hätte eigentlich in der Dezember-Sitzung vorgelegt werden müssen. Jetzt ist vor den Herbstferien aber unerwartet vom Gemeinderat Untersiggenthal der Entscheid gekommen, dass sie den Vertrag per Ende 2025 kündigen wollen und das mit der Absicht, dass wir diesen komplett überarbeiten können. Wir hätten jetzt eigentlich in dieser Änderung nur die Schulsozialarbeit herausgenommen und den Vertrag noch so weiterlaufen lassen. Aus formellen Gründen hat aber Untersiggenthal entschieden, dass sie diesen komplett kündigen mit dem Ziel, dass wir diesen nächstes Jahr ausarbeiten und Ihnen im Herbst wieder in einer neuen Fassung vorlegen, in welchem nur noch die Jugendarbeit enthalten ist. Aus diesem Grund mussten wir dieses Traktandum verschieben, weil es zu knapp hereingekommen ist und es wird Ihnen deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt. Man kann noch dazu sagen, dass beide Gemeinden den Willen haben, dass die Jugendarbeit zusammen weitergeführt wird, weil es dort wirklich Synergieeffekte gibt.

Künftig wird der Entsorgungsplatz im Technischen Zentrum jeden Samstag von 09:00 – 11:30 Uhr offen haben. Schon länger war dies auch vom Familiengärtnerverein ein Wunsch gewesen, der den Entsorgungsplatz betreibt bzw. überwacht. Sie haben immer wieder betont, dass auch im Winter das Bedürfnis bestehe. Im Budget ist der Mehraufwand enthalten und daher wird es auf Anfangs Wintersaison eingeführt.

Dann noch die letzte Mitteilung zur Plastiksammlung. Es ist gut angelaufen, bis jetzt gab es nur positive Rückmeldungen, das kann auch die EUK bestätigen. Es gab am Samstag im Markthof eine Information von InnoRecycling, unseren Vertragspartner. Es waren 2 Personen anwesend, die den Leuten erklärt haben was man in den Säcken entsorgen darf und was nicht.

Das Interesse aus der Bevölkerung war offenbar recht gross. Eine Frage, welche immer wieder aufgekomen ist, ist: "Wieso haben wir nur die grossen 60 Liter Säcke? Es wäre besser mit den 35 Liter Säcken". Rückblickend denke ich das wäre vielleicht in der Einführungsphase fast gescheiter mit den 35 Liter Säcken. Wir mussten uns entscheiden. Wir haben im Gemeindehaus einfach zu wenig Platz um für beide Grössen ein Palett einzulagern. Wir schauen es bestimmt noch einmal an, ob wir nicht irgendwie eine Lösung finden, damit wir auch 35 Liter Säcke anbieten können.

Tanja Marullo, Gemeinderätin: Gerne gebe ich euch einen kleinen Überblick über das Asylzentrum in Nussbaumen. Seit mittlerweile 1 ½ Jahren, hat im Kanton Aargau die Notlage im Asyl bestand. Die Gültigkeit des Status S, ist um ein weiteres Jahr verlängert worden bis im März 2026. Am Montag, 6. Mai 2024, sind die ersten Bewohner in die unterirdische Zivilschutzanlage eingezogen. Die Unterkunft, dient als Notunterkunft und befindet sich in der kantonalen Verantwortung. Die Bewohner der Asylunterkunft, werden uns an die Aufnahmepflicht angerechnet. Mit Stand vom letzten Mittwoch, leben in der Asylunterkunft 81 Personen. Das Durchschnittsalter beträgt 30 Jahre. Zusätzlich zu diesen 81 Personen, haben wir 76 weitere Asylsuchende bei uns in der Gemeinde. Somit haben wir die Aufnahmepflicht sehr gut erfüllt, obwohl diese am 1. Oktober 2024 auf 86 erhöht wurde.

Um die Integration und Kommunikation zu fördern und zu verbessern, hat man im Asylzentrum eine Begleitgruppe ins Leben gerufen. Diese Begleitgruppe setzt sich unter anderem aus direkten Anwohnern, Feuerwehr, Kanton, Stadtpolizei und Gemeinde zusammen. Die Sicherheitslage rund um das Asylzentrum ist stabil, bislang gab es fast keine Polizeieinsätze. Ich sage jetzt mit Absicht "fast keine", ich wurde schon mehrere Male darauf angesprochen. Sie werden auch kontrolliert, ohne dass sie es wissen. Aus diesem Grund sind dort auch Polizeifahrzeuge unterwegs oder man sieht uniformierte Beamte. Wir hatten drei Fälle, bei denen es einige Komplikationen gab. Der eine hat vor öffentlichen Gebäuden übernachtet. Es gab zwei Auseinandersetzungen in denen sie untereinander gewalttätig wurden. Da wir so eine gute Leitung vor Ort haben, ist es sehr ruhig. Die regionalen Freiwilligentreffen welche wir haben, fördern dies ebenfalls. Jeden Mittwoch wird das Freiwilligentreffen angeboten, welches von 30 bis 40 Bewohnern genutzt wird, um Deutsch zu lernen. Ausserdem kommen auch viele freiwillige Helfer welche mithelfen bei verschiedenen Veranstaltungen, wie beispielsweise an der Sichlete. Dort haben 25 Asylbewerbende beim Auf- und Abbau geholfen. Jetzt helfen sie die Neophyten im Wald zu entsorgen. Dieses Thema ist also wirklich etwas, was die Personen beschäftigt. Es ist wichtig, dass die Asylsuchende so beschäftigt werden können, somit ist die Chance gross, dass es ruhig bleibt in Obersiggenthal.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann schreiten wir fort zu den **Neueingängen**. Es hat dieses Mal keine Neueingänge welche aufliegen.

Dann kommen wir schon zum letzten Punkt vom Traktandum eins, das ist das **Protokoll**. Das Protokoll der 10. Einwohnerratssitzung wurde Ihnen auf der CMI Datenbank fristgerecht freigestellt. Es sind Änderungsanträge eingegangen. Ich lese es euch vor: Auf der Seite 8 steht in der letzten Zeile: "Dann die Information von Lukas Füglistner von der SP-Fraktion zu den Parkplätzen", dann kommt später im Satz: "Aber diese Unterlagen lagen das letzte Mal auf." **Korrektur:** "Dann die Information von Lukas Füglistner von der SVP-Fraktion zu den Parkplätzen," dann der 2. Satz, welcher ich euch vorgelesen habe, wurde gestrichen. Weil, es lagen zum Thema Parkplätze beim Unterboden an der letzten Sitzung keine Unterlagen auf. Zumindest nicht an der Einwohnerratssitzung. 2. Korrektur: Seite 19, in der Mitte vom Blatt. "Dann sind es 4,2 % gegenüber 14,65 % was überschlagsmässig ungefähr" dann geht der Satz weiter. Die **Korrektur** ist: "Dann sind es 14,2 % gegenüber." Damit ist das Protokoll der letzten Sitzung so genehmigt.

2 2024/08 Reglement betreffend die Gebühren für die Sondernutzung des öffentlichen Grundes und Bodens für die Elektrizitätsversorgung

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der alte Konzessionsvertrag, datiert aus dem Jahr 2005, sie haben diesen in den Unterlagen gefunden. Die Konzessionsverträge werden für eine sehr lange Dauer abgeschlossen. Eine Durchsicht in Hinblick auf einen möglichen Kündigungstermin hat dann ergeben, dass ein paar Bestimmungen nicht mehr zeitgemäss sind. Ebenfalls dass die Konzessionsgebühr im Vertrag selber festgeschrieben ist. Diese Konzessionsgebühr gilt also unverändert seit dem Jahr 2005. Damit man über die Gebühr diskutieren kann und auch den Vertrag zeitgemäss anpassen kann, hat der Gemeinderat den Vertrag fristgerecht per Ende Jahr gekündigt. Mittlerweile hat man sich mit der EGS zu einem neuen Konzessionsvertrag geeinigt. Damit zukünftig die Konzessionsgebühr während der Vertragsdauer angepasst werden kann, braucht es ein Reglement, worin der Rahmen für die Höhe der Konzessionsgebühr festgelegt wird. Ausserdem regelt es die Zusammenarbeit mit dem Anbieter und die Kommunikation von so einer neuen Gebühr.

Zur Höhe der vorgeschlagenen Konzessionsgebühr von 0,65 Rappen pro Kilowattstunde. Der Gemeinderat hat verschiedene Vergleiche vorgenommen. Er hat die aktuellen Konzessionsgebühren in der Schweiz verglichen, im Kanton Aargau und im Bezirk Baden. Man hat dabei gesehen, dass wir uns mit unserem Vorschlag, unterhalb des Medians in der Schweiz und im Kanton befinden. Im Zug der Erarbeitung von dem Reglement und der Vertragsverhandlung, welche sich doch über längere Zeit hingezogen haben, hat es sich ausserdem ergeben, dass innerhalb der Frist zwischen dem Jahr 2021 und dem Jahr 2024 viele Gemeinden im Bezirk Baden, ihre Konzessionsgebühr angepasst haben. Dies war für Obersiggenthal ohne einen neuen Vertrag oder ohne ein neues Reglement, nicht möglich. Als Maximalwert haben wir im Reglement einen Wert von 1 Rappen pro Kilowattstunde definiert. Dabei handelt es sich um den schweizerischen Median.

Eine kleine Anmerkung, falls der Einwohnerrat zum Schluss kommen würde, es müsste eine andere Höhe festgelegt werden, dann könnten wir das erst am 1. Januar 2026 umsetzen. Der Grund ist, dass die EGS bereits im August, Konzessionsgebühren melden mussten. Darum muss es im nächsten Jahr auch so in Rechnung gestellt werden. Selbstverständlich kann man aber auch eine andere Gebührenerhöhung festlegen, welche dann im Folgejahr geltend gemacht werden.

Dann wurde noch die Frage gestellt zu anderen Gewerken, welche ihre Leitungen in unseren Strassen legen, ob da ebenfalls Konzessionsgebühren verlangt werden? Es ist so, dass für Wasser und Abwasser und auch für Fernmeldedienst, ist es von Gesetzes wegen vorgeschrieben, dass keine Konzessionsgebühr in Rechnung gestellt werden kann. Bei der Fernwärme und bei den Regionalwerken wird eine Einführung geprüft, diese bezahlen momentan noch keine Konzessionsgebühr. Wir sind an diesem Thema dran und müssen dort selbstverständlich geltende Verträge in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Andreas Leupin, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion hat den Antrag vom Gemeinderat bezüglich der Erhöhung der Konzessionsgebühren für die Elektrizitätsversorgung und der Genehmigung des neuen Reglements an der Fraktionssitzung besprochen und diskutiert und wird dem Antrag in beiden Punkten dem Gemeinderat zustimmen. 0.65 Rappen pro Kilo-Watt Stunde, erscheint der FDP-Fraktion angesichts der Gebühren von anderen Aargauer Gemeinden als angemessen. Die FDP-Fraktion begrüsst auch explizit das mit dem neuen Reglement klare und verbindliche Regelungen für die Gebührenerhebung in diesen konzessionierten Elektrizitätsversorger geschaffen werden. Auch finden wir die Obergrenze von maximal 1 Rappen/kWh vertretbar.

Christian Grau, Die Mitte: Die Mitte-Fraktion bedankt sich für die Ausarbeitung von diesem Antrag. Wir sind der Meinung, dass es zweckmässig ist, das Gebührenreglement und den Vertrag zu trennen. Was uns aufgefallen ist, dass die Konzessionsgebühr im Vergleich zum Anreiz von Staatswegen und Kantonswegen gemacht wird, um Wärmepumpen zu bauen ein bisschen quer kommen wird. Da es aber durchaus im vertretbaren Rahmen ist von der Höhe her und auch hilft die Gemeindefinanzen zu entlasten, stimmen wir beidem zu.

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: Aus Sicht der EVP-Fraktion macht die Erneuerung des bestehenden Vertrags in eine aktuelle Form mit flexibler Gestaltungsmöglichkeit von diesem Tarif durch den Gemeinderat Sinn und wir unterstützen diesen Antrag zur Erneuerung dieses Reglements.

David Wick, GLP-Fraktion: Die GLP-Fraktion unterstützt den Antrag. Es gibt der Gemeinde Handlungsspielraum und Flexibilität und es schafft klare Rechtsgrundlagen.

Peter Huber, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat es auch angeschaut. 20-Jährige Verträge müssen wir überarbeiten, das ist klar. Die Energiekosten, werden immer an die Kundschaft übertragen, ist auch klar soweit. Wir danken auch für die fundierte Ausarbeitung des Berichts und dem Vergleich Schweiz/Aargau das wir hier fundiert nachschauen konnten. Wir werden den Antrag grossmehrheitlich unterstützen.

Tomas Nezel: Nur eine kleine Anmerkung, die EGS hat bereits ein Schreiben gemacht. Dieses Schreiben schreibt von einer Erhöhung um 0.64 Rappen/kWh.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Im neuen Vertrag steht 0.65 Rappen. Vielleicht ist es ein Tippfehler seitens der EGS.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Konzessionsgebühr für die Sondernutzung des öffentlichen Grundes und Bodens für die Elektrizitätsversorgung, wird ab 1. Januar 2025 auf 0.65 Rappen/kWh festgesetzt.
2. Das Reglement betreffend den Gebühren für die Sondernutzung des öffentlichen Grundes und Bodens für die Elektrizitätsversorgung, wird genehmigt.

Der Antrag wird mit 37 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

3 2024/09 Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug TLF-Verpflichtungskredit von CHF 642'500 inkl. MwSt.

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Bei der Einwohnerzahl der Gemeinde Obersiggenthal muss eine Feuerwehr von der Grössenklasse 4B geführt werden. Die Grösse von einer Feuerwehrausstattung und auch die Mannschaftsgrösse, werden von der Aargauischen Gebäudeversicherung genau vorgeschrieben. Zu einer Feuerwehr der Grössenklasse 4B gehört auch

zwingend ein Tanklöschfahrzeug. Unser Tanklöschfahrzeug ist von der Feuerwehr im Jahr 2002 in Betrieb genommen worden. Mittlerweile hat es also schon ein paar Jahre auf dem Buckel und die Reparaturen werden immer häufiger. In der Zeit dieser Reparaturen, wenn es nicht einsatzfähig ist, erfolgt eine Abdeckung durch benachbarte Feuerwehren, die aber natürlich die Zeitvorgaben vom AGV nicht einhalten können.

In den nächsten 5 Jahren ist für unser altes TLV mit Reparaturkosten von insgesamt CHF 65'000 zu rechnen. In diesem Betrag nicht enthalten sind weitere unerwartete Reparaturen. Gewisse Ersatzteile sind nicht mehr erhältlich oder es besteht eine lange Lieferfrist, weil die Teile im Ausland beschafft werden müssen und auch nicht unbedingt günstig sind. Eine Liste finden Sie alle in der Vorlage, sie haben das Gerät gesehen. Ebenfalls hat die Feuerwehr eine Informationsveranstaltung durchgeführt, dort konnte man sich selber ein Bild machen. In der letzten Hauptinspektion im Jahr 2022, konnte das Vakuum der Pumpe nicht mehr genügend hergestellt werden. Die Normen wurden nicht erfüllt. Diese Vakuumpumpe ist repariert worden, allerdings hat dann die anschliessende Prüfung ergeben, dass die Leistung weiterhin knapp unterhalb vom minimalen Grenzwert liegt. Im Hinblick auf die anstehende Beschaffung von einem neuen TLF, hat das AGV diese Werte akzeptiert. Besonders eingefahren ist mir die Nachricht, dass beim TLF während dem Einsatz vom Brand im OSOS die Bremsanlage ausgefallen ist und während dem Einsatz von einem Lastwagenmonteur geflickt werden musste.

Das TLF ist nicht nur für die Sicherheit der Bevölkerung wichtig, ein TLF muss auch sicher sein für die Bedienung durch die Angehörigen der Feuerwehr. Man muss sich auf seine Funktionsfähigkeit und Tüchtigkeit verlassen können und nicht beim Einsatz in die Gefahr laufen, dass man sich verletzen könnte, weil das TLF gewisse Mängel aufweist.

Es ist auch schon die Frage gestellt worden, wie häufig denn so ein TLF in Obersiggenthal durchschnittlich gebraucht werde. Jetzt ist es so, dass ausser bei Liftrettungen zum Beispiel, bei denen man weiss was einen erwartet oder bei First-Responder-Einsätzen, als erstes immer zwingend das TLF mit 6 Angehörigen der Feuerwehr ausrücken muss. Das ist so vorgeschrieben. Das Fahrzeug ist sozusagen ein kleines Feuerwehrmagazin für den Erstangriff mit allen notwendigen Einrichtungen inklusive Löschmittel. Je schneller ein Brand gelöscht wird oder ein Keller ausgepumpt wird, umso geringer ist danach der Schaden. Erst vor Ort sieht man dann auch, ob es wirklich das TLF als TLF braucht, denn der Alarm sagt nur, dass dort ein Brand ist. Erst vor Ort kann man danach einschätzen wie es genau aussieht.

Das AGV, also die Aargauische Gebäudeversicherung, schreibt weiter vor, dass nach der Alarmauslösung das Tanklöschfahrzeug innerhalb von 10 Minuten am Einsatzort sein muss. Die Rechnung ist einfach. 6 Minuten haben die Feuerwehrleute Zeit um ins Magazin einzurücken und 4 Minuten hat man dann um an den Einsatzort zu gehen. Das sind sehr enge zeitliche Verhältnisse. Diese Zeitvorgaben bleiben dann auch weiterhin bestehen, selbst wenn es zu einem Zusammenschluss kommen sollte.

Das heisst für Obersiggenthal, dass weiterhin ein Tanklöschfahrzeug in Obersiggenthal stationiert sein muss. Wie bekannt ist, werden Gespräche über eine Zusammenarbeit oder einen Zusammenschluss von den Feuerwehren Untersiggenthal, Würenlingen und Obersiggenthal geführt. Ob diese Gespräche aber schliesslich in einen Zusammenschluss münden, wissen wir nicht. Es handelt sich um ein emotionales Thema und es müssen sehr viele organisatorische und finanzielle Fragen geklärt werden. Es muss eine Einigung stattfinden, bevor man überhaupt feste Aussagen machen kann. Im Namen des Gemeinderates, der Feuerwehrkommission und der gesamten Feuerwehr die hier sehr zahlreich anwesend ist, ersuche ich Sie um Genehmigung von unserem Antrag.

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Die Mitglieder der Mitte-Fraktion haben die Vorlagen intensiv studiert und diskutiert und für uns ist es offensichtlich, dass das TLF in die Jahre gekommen ist und dass es je länger je mehr Reparaturen und Unterhalt braucht. Es ist natürlich nicht sinnvoll, wenn das TLF einsatzfähig sein sollte, es die ganze Zeit rumsteht und Pannen hat und man ein

anderes TLF suchen muss aus einer anderen Gemeinde, weil es nicht funktioniert. Die Reparaturen gestalten sich schwierig was uns auch nahegelegt wurde. Die Ersatzteile sind zum Teil auch nicht lieferbar oder nur ganze Komponenten und nicht nur Ersatzteile, das macht das Ganze auch teuer. Sehr wahrscheinlich sogar teurer, als es hier vorgeschlagen ist. Man muss einfach sehen, das TLF ist nicht einfach ein Baugeschäft der Gemeinde, welches einfach mal rumstehen kann, es muss wirklich einsatzfähig sein und zwar in 99.99% der Zeit, sonst wäre der Sinn auch nicht gegeben. Wir finden, dass die Abklärungen für den Ersatz eines neuen TLF sehr sorgfältig durchgeführt wurden und die Entscheidungen bezüglich der Fahrzeugwahl, sind für uns nachvollziehbar und optional. Wie schon Bettina gesagt hat, wird die allfällige Fusion nichts ändern, weil wir trotzdem ein TLF brauchen werden. Je länger man wartet, desto teurer wird a) die Reparatur und b) man müsste höchstwahrscheinlich eine neue Ausschreibung machen. Wir finden es ist ein sehr sinnvolles Geschäft und die Mitte-Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: In meinem Beitrag ist etwa das gleiche gestanden wie bei Daniel Jenni, deshalb wiederhole ich es nicht. Die EVP-Fraktion unterstützt trotz der hohen Summe den Kauf.

Tomas Nezel, glp-Fraktion: Wir hatten im Vorfeld einen E-Mail Austausch gehabt zwischen den Fraktionen. Es hat einige gegeben, die sagten, dass der Zeitpunkt einfach nicht ideal ist im Hinblick auf eine mögliche Fusion mit der Feuerwehr Obersiggenthal, Untersiggenthal und Würenlingen. Die Ausrüstung einer solchen Fahrzeugflotte ist fundamental. Ich habe mich mit einem Feuerwehrmann von Baden unterhalten, diese hatten vor ein paar Jahren eine grosse Fusion gemacht. Man hat dann gesagt, aus Sicht der Ausbildung und vom Einsatz ist es sinnvoll, eine möglichst gleiche Fahrzeugflotte zu haben. Damit man flexibel ist also, wenn man die Fusion macht und plant, dann macht es auch aus Kostengründen Sinn zu warten, wenn es um die Zusammenarbeit geht. Die Kosten pro Jahr sind dann tiefer als allfällige Abschreibungen von neuen Fahrzeugen. Wenn man jetzt sagt, wir warten noch 2 – 3 Jahre, dann kann uns der Gemeinderat sagen wie es aussieht mit dieser Fusion. Dann können wir entscheiden. Wir hätten dann immer noch 2 Jahre Zeit für die Beschaffung. Das sind so die Gedanken, welche wir in den E-Mails gehabt haben. Wir von der glp-Fraktion würden es begrüssen, dass wir uns nicht unter Zeitdruck setzen lassen. Das man zuerst mal schaut, wird das etwas mit der Fusion und erst dann entscheidet.

May Beyli, SP-Fraktion: Nach dem Studium der Aktenunterlagen und dem Besuch der Infoveranstaltung der Feuerwehr Obersiggenthal hat sich die SP-Fraktion entschieden, dem Antrag der Ersatzbeschaffung des Tanklöschfahrzeug zuzustimmen. Dies aus mehreren Gründen. Die sich häufenden Mängel an dem vorhandenen Tanklöschfahrzeug, welche teilweise auch behelfsmässig von der Feuerwehr Obersiggenthal selbst repariert werden, zeigen auf, dass das TLF am Ende seiner Laufzeit angekommen ist. Ein gutes Einzelbeispiel ist die Tatsache, dass das jetzige Fahrzeug die letzte Hauptinspektion auf Grund der nicht mehr gut funktionierenden Pumpe, nicht bestanden hat. Für eine wichtige einsatzfähige Feuerwehr, die für den Schutz der Bevölkerung von Obersiggenthal ist, ist uns leider auch die Explosion in der Tiefgarage im Juni 2024 in Erinnerung gerufen worden. Uns ist bewusst, dass die Nettoinvestition von rund CHF 420'000 nicht wenig Geld ist. Das TLF ist immer das erste Fahrzeug, welches bei einem Einsatz ausrückt. Bei mindestens 30 bis 40 Einsätzen pro Jahr, ist die Wichtigkeit der Funktionstüchtigkeit unbestritten. Natürlich kann man nicht garantieren, dass trotz den vorgesehenen Reparaturarbeiten von CHF 65'000, das TLF weitere 5 Jahre einsatzfähig bleibt. Es erscheint uns aber eher unwahrscheinlich, dass es nach den angesammelten Mängeln der letzten 5 Jahre nun plötzlich eine Trendwende ereignet und dass beim jetzigen Fahrzeug plötzlich keine weiteren Probleme auftauchen. Das Gegenteil erscheint doch viel wahrscheinlicher. Auch zu beachten ist, dass es mit der Annahme des Antrags nochmals 18 Monate dauern würde, also bis Mitte 2026, bis das neue Tanklöschfahrzeug zum Einsatz kommt. Weiter möchten wir erwähnen, dass uns von der Feuerwehr relativ klar und deutlich gemacht wurde, dass auch bei einem Zusammenschluss der Feuerwehr Obersiggenthal in einen Regionalen Verbund jede Gemeinde ein eigenes Magazin und ein eigenes Tanklöschfahrzeug besitzen müsste. Falls der Antrag abgelehnt wird, wäre die Sicherheit für die Bevölkerung in der nächsten kürzeren Zeit

sicher immer noch gewährleistet. Die Sachlage präsentiert sich aber so, dass das Problem mit dem gar nicht aufgehoben ist, sondern einfach aufgeschoben. Die notwendige Investition müssten wir wohl oder übel tätigen. Aufgrund all diesen Punkten stimmt die SP-Fraktion dem Antrag zu.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Auch die SVP-Fraktion hat sich mit dem Geschäft eingehend befasst. Wir danken der Kommission für die Ausarbeitung der Vorlage, dass wir heute abstimmen können. Für uns ist es in der aktuellen Situation nicht gerade glücklich, dass diese Vorlage gerade jetzt vorliegt. Gespräche über die Fusion mit den Gemeinden Untersiggenthal und Würenlingen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite haben wir das TLF, an welchem die Zeit, Tribut zollt. Dementsprechend werden die Reparaturen teurer und weniger planbar. Somit gefährden wir die Einsatzbereitschaft von unserer Seite im Ernstfall. Es ist aber auch klar, dass wenn ein Ausfall stattfinden würde, wir die Unterstützung der Stützpunktfeuerwehr Baden haben werden. Auch wenn ein Einsatzalarm mit nicht mehr als 10 Minuten eingehalten werden kann. Die Ersatzteilbeschaffung dieses TLFs, mag ich mich noch erinnern, ist schon relativ lang im Aufgaben- und Finanzplan enthalten. Ich glaube, wir haben diesen schon drei Mal nach hinten geschoben, also 3 - 4 Jahre. Wir sind aber in unserer Fraktion nicht zu einem einstimmigen Entschluss gekommen. Dementsprechend muss man auch selber abwägen, was einem wichtig und richtig ist bei diesem Geschäft.

Christian Blum, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion sieht die Notwendigkeit des Ersatzes des TLF, hält aber den Zeitpunkt für ungünstig. Idealerweise würde man das Ergebnis der Diskussion über die Zusammenarbeit der Feuerwehren von Obersiggenthal, Untersiggenthal und Würenlingen abwarten und dann ein Pflichtenheft erstellen, das auf die neue Situation zugeschnitten ist. Da gehört es vielleicht auch dazu, dass es 3 TLFs braucht. Es gibt ja auch die TLFs in verschiedenen Grössen. Grösse 1, 2 und 3, vielleicht lässt es sich damit spielen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist noch nicht klar, wie eine Aufgabenverteilung aussehen würde und welche Ausrüstung in Folge davon angeschafft werden müsste. Auch ist noch völlig unklar, wie die Finanzierung einer fusionierten oder in einem Verbund tätigen Feuerwehr aussehen würde. Ein TLF-Kauf parallel zu den Diskussionen um die Zusammenarbeit kann bei der Bevölkerung zu Stirnrünzeln führen. Dieses Vorgehen kann den Eindruck erwecken, dass die Diskussion über eine Zusammenarbeit seitens Obersiggenthal nur halbpatzig geführt werden. Auf der anderen Seite ist das jetzige Fahrzeug mit einem Alter von 22 Jahren am Ende seiner Nutzungsdauer angekommen. Es könnte im schlimmsten Fall während eines Einsatzes ausfallen. Erschwerend könnte die Hilfe der Nachgemeinden verspätet eintreffen. Auch besteht die Wahrscheinlichkeit, dass weitere zu reparierenden Schäden auftreten, die derart teuer sind, dass ein Ersatzfahrzeug in grosser Eile gefunden werden müsste. Aber wir müssten dann signifikante Kompromisse bei der Spezifikation des TLFs eingehen. Wir haben Kenntnis von anderen Gemeinden in der Schweiz, die mussten nach einem Getriebeschaden, auch europaweit nach einem TLF suchen und haben dann eines gefunden das mit Sicherheit nicht ihren Spezifikationen entsprochen hat. Die FDP-Fraktion hat sich mit diesem Geschäft schwergetan. Wir wollten es eigentlich zuerst ablehnen, aber nach weiteren Diskussionen haben wir eben auch andere Fraktionen miteinbezogen. Nach einer mehrtägigen Diskussion, in der wir eben auch die anderen Fraktionen konsultiert haben, haben wir uns entschieden, den Verpflichtungskredit für die Ersatzteilbeschaffung des TLF zu bewilligen. Letztlich überwiegen die Risiken unsere Bedenken. Die FDP-Fraktion geht davon aus, dass diese Investition in vollem Umfang berücksichtigt wird, sollte es zu einem Zusammenschluss der drei Feuerwehren kommen. Das Auswahlverfahren wurde mit der gebotenen Sorgfalt durchgeführt und die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Feuerwehr und dem Gemeinderat für die Informationsveranstaltung vor Ort beim Feuerwehrmagazin.

David Wick: Es ist ein spontanes Votum. Ihr kennt das Bild vom Piratenschiff, mit der Planke vorne, wo man hinübergeschickt wird. In dem Fall von uns, freiwillig sich nach vorne bewegt. Ich möchte mich an erster Stelle bei der Feuerwehr für Ihren Einsatz bedanken für die Bereitschaft. Ich möchte sicher nicht die Sicherheit in Frage stellen, von unserer Gemeinde, unserer Feuerwehr. Ich möchte doch versuchen eine kleine Lanze zu brechen für einen vernünftigen

Umgang mit der Sicherheit. In diesem Zusammenhang sehe ich alle Pro- und Contra-Argumente. Ich finde aber, dass die Feuerwehr uns sehr gute Argumente liefern um die 2 oder 3 Jahre bis zur Fusion abzuwarten mit dem Neukauf des TLFs. Einerseits ist das Fahrzeug einsatztauglich, das bestreitet niemand. Es wird auch dank einer sehr guten Feuerwehr gepflegt. Das heisst, es wird auch weiterhin einsatztauglich sein. Dann sind solche Fahrzeuge auch sehr robust gebaut. Es kann sein, dass so Batterie-Sachen defekt werden, vielleicht muss man diese auch nachbestellen. Also ich habe auch schon für mein Auto, Sachen aus dem Ausland bestellt. Das ist auch innerhalb von wenigen Stunden verfügbar. Aber der Kern ist robust gebaut, da müssen wir nicht Angst haben, dass ein Motorschaden auftritt in den nächsten 2 bis 3 Jahren. Dann zu den Reparaturen, welche vorgesehen sind. Diese sind fast halb so teuer, wie die Abschreibungen in den nächsten 5 Jahren für ein neues Fahrzeug. Dies spricht ebenfalls nicht unbedingt dafür. Dann noch zum Thema Fusion, bei einem mittel oder grossen Brand kommt sowieso der Stützpunkt Baden. Wie auch schon gesagt wurde, bei einem Notfall, wenn wirklich mal etwas ausfallen würde, wäre Untersiggenthal oder Baden zur Verfügung und würde uns unterstützen. Ich glaube, wenn man dies auch noch in Betracht zieht und sich überlegt, dass mehr als CHF 400'000 Investition getätigt werden. Ebenfalls mit dem Abwarten von 2 bis 3 Jahre mit der Fusion, könnten sich Vorteile ergeben, wäre dies ebenfalls vernünftig.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: David Wick hat 3 Punkte aufgeführt.

Ich möchte gerne darauf eine Antwort geben, vielleicht ergänzt mich nachher auch noch Nicolas Schmassmann, unseren Feuerwehrkommandant, welcher ebenfalls anwesend ist.

Zu dem ersten Punkt, Neubeschaffung: Wenn heute eine Ablehnung erfolgt, ist damit das zweite Submissionsverfahren abgeschlossen. Wir haben ja bereits eine erste Submission durchgeführt, welche wir abgebrochen haben, weil die Angebote nicht den Erfordernissen entsprechen haben. Wir haben das Pflichtenheft überarbeiten lassen. Eine zweite Submission durchgeführt und das wäre dann die dritte Submission. Ich möchte dies einfach mal im Raum stehen lassen. Wenn es jetzt effektiv zu einem Zusammenschluss kommen würde, dann müsste wieder ein neues Pflichtenheft erarbeitet werden. Zum Pflichtenheft muss ich euch noch was sagen. Die räumlichen Voraussetzungen in Untersiggenthal sind andere als bei uns im Magazin. Man kann also nicht einfach unser Pflichtenheft nehmen und einfach zwei bestellen. Wir haben diese auch mit Untersiggenthal im Rahmen von diesen Gesprächen angesprochen, ob sie sich anschliessen möchten. Aus offensichtlichen Gründen haben sie das nicht gemacht, weil eben die Räumlichkeiten anders sind. Das führt dann zum Schluss doch zu einer grossen Verzögerung. Es müsste wieder eine Submission durchgeführt werden und zum heutigen Zeitpunkt wäre noch nicht klar, wer diesen Kredit genehmigen müsste. Dann haben wir noch die Lieferfristen von 18 Monaten.

Zur Unterstützung durch die Nachbarfeuerwehren und Baden. Ich habe vorhin gesagt, dass es sehr wichtig ist, dass man eben sofort und möglichst schnell vor Ort ist und den Brand bekämpfen kann, damit der Schaden möglichst klein ist. Denn es zählt jede Minute. Ich meine die engen zeitlichen Vorgaben der AGV sind nicht einfach von irgendwo entstanden, diese sind Elementar. Wenn ein Feuer um sich greift, das geht dann plötzlich schnell. Baden hat länger bis sie da sind.

Dann zu der Ersatzteilbeschaffung aus dem Ausland. Wir haben jetzt aktuell einen Lichtmast welcher defekt ist. Vielleicht kannst du, Nicolas Schmassmann, etwas dazu sagen, wie es da aussieht mit der Reparatur.

Nicolas Schmassmann, Kommandant: Ich bin froh um ihre Fragen, um jede Frage hier, dass ist ganz klar. Wir haben, wie Bettina Lutz Güttler gesagt hat, den Lichtmast. Dieser ist seit 7 Wochen defekt. Wir haben dieses Licht nicht mehr. Personen, welche an der Hauptübung waren, haben gesehen, dass dieser nicht mehr funktioniert. Wir wissen noch nicht, wann die Ersatzteile geliefert werden. Wir haben gerade diese Nacht wieder um 01:30 Uhr aufstehen müssen, wegen einem Wohnungsbrand, wir hatten einen Balkonbrand in einem Mehrfamilienhaus im Markthof. Es war sehr ungünstig, zum Glück ist nicht mehr passiert.

Zur Feuerwehr Baden: Die Alarmierung ist so, dass ab Brand gross, Baden mit der Autodrehleiter ausrücken, dass ist die Hauptaufgabe, welche sie haben. Für das Material und das Personal sind die Nachbarfeuerwehren zuständig. Dies ist jetzt bei uns auf dieser Seite Untersiggenthal und wenn wir Richtung Hertenstein raufgehen, bieten wir als Unterstützung Ehrendingen auf, wenn wir Material benötigen. Baden kommt vor allem mit der Autodrehleiter, weil wir hier keine haben und auch nicht so hoch nach oben kommen.

Zu ihrer Information, wegen der Gleichbeschaffung, die man mit bedenken muss. Würenlingen zum Beispiel, da hat das Tanklöschfahrzeug den Jahrgang 2009 und Untersiggenthal hat nochmals einen anderen Jahrgang. Mit der Gleichbeschaffung, die vielleicht ein Ersparnis geben würde von 10%, sind nicht alle im gleichen Jahr beschafft. Wir können jetzt nicht einfach auf Würenlingen zugehen und sagen, 2009 werft eure Fahrzeuge weg, wir machen eine Ersatzbeschaffung auch für rund CHF 600'000 ich glaube nicht, dass Würenlingen dies mitmachen würde. Die unterschiedlichen Alter der Fahrzeuge ist ein Argument, wieso man nicht zwei oder drei gleiche Baufahrzeuge kaufen oder bestellen können.

Daniel Gadiant, SVP-Fraktion: Nicolas Schmassmann hat bereits vorgegriffen. Es ist bei vielen noch in den Köpfen drin, dass automatisch die Nachbarfeuerwehren Untersiggenthal, Ehrendingen oder Freienwil aufgeboden werden bei einem Brand klein oder mittel. Dies ist aber nicht der Fall. Das heisst, wenn unser Einsatzleiter entscheidet die Mittel reichen nicht oder eben das TLF ist ausgefallen, dann entscheidet er über die Einsatzzentrale das man die Nachbargemeinden aufbietet. Aber es ist nicht so, dass es einfach bei Brand "klein" oder Brand "mittel" die Nachbar Feuerwehren kommen. Einzig ist, wenn unter dem Tag zwischen 06:00 – 18:00 Uhr ein Einsatz ist, wird die Nachbarschaftshilfe Untersiggenthal, welche wir in den beiden Gebieten aufgeschaltet haben. In der Nacht und am Wochenende ist die Feuerwehr Obersiggenthal auf sich alleine gestellt.

May Beyli, SP-Fraktion: Für mich sind auch noch zwei Fragen, was wäre gewonnen, wenn wir jetzt noch länger warten und wir wissen, dass es ein Thema ist? Der andere Punkt, welchen ich schon auch schwierig finde ist, dass also die Feuerwehr rückt aus in einer Notfall-Situation und hat im Hintergedanken immer, hoffentlich hält das Fahrzeug durch bis zum Einsatzort. So störende Gedanken, während dem Einsatz finde ich einfach auch eine Zumutung in so einer Notfall-Situation, dass einfach auch noch aus der psychologischen Sicht.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Ich habe noch eine Frage. Untersiggenthal, hat ja ein Feuerwehrfahrzeug welches zehn Jahre älter ist. Die kommen ja auch hier her, um Feuer zu löschen. Man muss eigentlich immer mit dem rechnen, dass es stehen bleibt, denn das ist ja zehn Jahre älter. Meine Frag ist einfach, wieso haltet dieses Feuerwehrfahrzeug so lange und wieso müssen wir das vorher schon ersetzen?

Nicolas Schmassmann, Kommandant: Das TLF von Untersiggenthal hat diese Pumpe schon ersetzt, das ist mal Punkt eins. Diese Pumpe, das kann ich euch sagen, dass bei dem Fahrzeug, welches wir aktuell im Einsatz haben, ein Pumpen-Ersatz hat. Diese Pumpe hat damals separat CHF 66'000 gekostet. Die Pumpe in Untersiggenthal, wurde schon mal gemacht und sie haben auch schon mehrere Ausfälle gehabt. Zu den Ausfällen kann ich jetzt zum Beispiel sagen, in Würenlingen ist vor drei Wochen das Getriebe ausgefallen vom Tanklöschfahrzeug. Das Tanklöschfahrzeug ist nicht mehr rausgekommen, Jahrgang 2009 und Untersiggenthal ist für sämtliche Brandfälle aufgeschaltet gewesen. Es ist also nicht nur unser Fahrzeug, welches ab und zu manchmal ein bisschen schwierig tut. Der Lichtmast, welcher noch nicht in den CHF 66'000 sind, kostet auch CHF 3'500 bis CHF 4'500. Diese Reparatur müssen wir machen. Bum Beispiel heute Nacht haben wir nichts mehr gesehen. Wir mussten zusätzliche Scheinwerfer aufstellen elektrisch über ein anderes Fahrzeug, damit wir die Schadenplatzbeleuchtung überhaupt auf die Reihe.

Dominique Issa, SP-Fraktion: Was wir gehört haben an der Informationsveranstaltung, welche gemacht wurde, dass es Ersatzteile nicht mehr gibt und die Lieferanten diese nicht mehr beschaffen können.

Ich habe das Gefühl, wir haben Angst von der neuen Technologie. Die alte Technologie war noch mechanisch und die neue Technologie ist elektronisch. Diese Massnahme gibt mehr Sicherheit für uns hier, wenn etwas passiert. Gleichzeitig ist auch die Batterie alt, mehr als 20 Jahre. Diese Generationen, dieser Technologie passt nicht. Die Batterie ist in drei Stunden tot, man kann sie nicht mehr gebrauchen. Wir haben aber keine Sicherheit, dass diese drei Stunden reichen. Daher ist meine Frage, weshalb wechselt man nicht zur neuen Technologie?

Anna Katharina Hess, Die Mitte-Fraktion: Besten Dank für die Infoveranstaltung. Es war sehr interessant. Man hat wirklich gesehen um was es geht. Was aus Sicht vom Einwohnerrat ein wenig Schade war, dass nur 10 Personen vor Ort waren. Die Feuerwehr hatte sich extra die Zeit genommen, um uns alles zu zeigen und dann kommen nur so Wenige. Ich finde, dass sehr schade.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen: Der Verpflichtungskredit von CHF 642'500 inkl. MwSt. für die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeug wird bewilligt.

Der Antrag wird mit 32 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Jenni Mara, Präsidentin: Mit dem Eintreffen von Marco Erni sind wir jetzt 38 vereidigte Einwohnerräte/innen. Damit liegt das absolute Mehr bei 20. Dann kommen wir zum Traktandum 4.

4 2024/10 Postulat OpenSunday – Der Gemeinderat ist nicht bereit, das Postulat entgegenzunehmen

Jenni Mara, Präsidentin: Jetzt werden wir vor allem über die Überweisung des Traktandum 4 diskutieren, damit kann das Eintreten dieses Geschäft gar nicht bestritten werden.

Keller Christian, Gemeinderat: Wir haben bei der Beantwortung von diesem Postulat geschaut, wie die jetzige Situation ist. Wo können wir einen OpenSunday durchführen. Wo hätten wir noch freie Hallenkapazität? Man hat dann die Belegungspläne durchgeschaut und hat gesehen, dass wir keine Halle haben, welche wir den ganzen Winter frei machen könnten, ohne dass man mit bisherigen Mietern, welche regelmässig im Winter in den Hallen sind, die Zusammenarbeit aufzulösen. Jetzt ist es so, dass inzwischen weitere Abklärungen gezeigt haben, wir müssten nicht bestehende Verträge kündigen. Es wären einfach die Zusammenarbeit, welche bisher bestanden haben, diese müsste man auflösen. Die Verträge werden jeweils über den Winter abgeschlossen. Diese laufen aus im März 2025 und diese werden wieder erneuert für den nächsten Winter. Man müsste davon absehen, in dem Fall, wenn ihr das Postulat überweist. Grundsätzlich hat der Gemeinderat viel Sympathie für dieses Anliegen. Wir sehen das ebenfalls, dass Kinder und Jugendliche über die Wintermonate zusätzlich Bewegung brauchen. Es reicht nicht, was sie im Schulsport haben. Es wäre sicher sehr hilfreich, wenn sie die Möglichkeit hätten, die Halle zu benutzen.

Wir haben ebenfalls angeschaut, was es Kosten würde. Wir haben die Kosten mal grob überschlagen. Grundsätzlich ist es so, dass der jährliche Gemeindeanteil CHF 28'000 pro Jahr ist. Zuzüglich der Hallenkosten, die Hallenkosten sind die Miete und der Reinigungsaufwand. Von Ideesport gibt es einen Beitrag, der in der ersten Saison CHF 10'000 wäre. Beim verbleibenden Gemeindeanteil bekämen wir vom Kanton eine Subvention. Das wäre in der Höhe von maximal 40%, gestützt auf § 67b vom Aargauer Schulgesetz. Diese Kosten sind nicht wirklich ganz belastbar, also die Grössenordnung sollte stimmen. In der ersten Saison wären die Kosten CHF 15'900, man müsste aber die CHF 10'000 Subvention welche es von Ideesport gibt, die müsste man auch draufnehmen, weil das kommt man erst beim Abschluss von der Saison, beim zurückerstatten über. Also das wäre der Betrag, wenn ich das richtig verstanden habe, ins Budget aufnehmen müsste. Verbleibende Kosten sind aber CHF 15'900, in der 2. Saison wären es 14'300, in der 3. Saison CHF 13'000 und ab der 4. Saison sind es dann CHF 32'700, weil dann die Subvention ausläuft.

Das ist die Ausgangslage, damit ihr auch Bescheid wisst, was die finanzielle Auswirkung wäre und so bleibt euch darüber zu entscheiden, ob ihr den OpenSunday einführen wollt. Wenn ihr das Postulat überweist, dann verstehen wir das als Auftrag. Wir würden also die bestehenden Verträge nicht mehr verlängern, sondern würden schauen, dass wir eine Halle frei machen können für OpenSunday. Die genauen Budgetbeträge müssten sicher nochmals berechnet werden. Das habe ich nicht so abgeklärt, weil ich davon ausgegangen bin, dass es ohnehin eigentlich gar nicht machbar ist, dass wir die Hallen freibekommen würden. Man kann es machen, es gibt einfach Verlierer. Es sind, habe ich mir sagen lassen, nicht einheimische Vereine, aber es sind Vereine wo Obersiggenthaler/innen mitwirken.

Reimann Esther, Die Mitte-Fraktion: Als erstes möchte ich mich natürlich herzlich beim Gemeinderat bedanken und natürlich an alle geschätzte Anwesende, dass ihr das so positiv sieht. Weil wir wirklich inhaltlich auch finden, es würde ein zusätzliches Angebot neben, Schul- und Vereinssport vertragen. Jetzt, du hast, dass ja schon gesagt, im Text steht, man müsse kündigen. Das hast du ja auch schon berichtet, Christian Keller, das müsste man nicht. Aber man weiss jetzt zum Beispiel nicht, bei diesen Gruppierungen, wie viele das sind. Jede Gruppierung hat eine Doppelhalle. Eine Fussball- und eine Basketballgruppierung. Im Basketball bin ich lange genug dabei gewesen. Da kann man auch in einer Einzelhalle sehr gut und intensiv Basketball spielen. Ich schätzte es übrigens auch, dass der Gemeinderat diese Halle vermietet. Das auch am Sonntag Leute Sport treiben können. Aber ich denke es ist auch eine Frage der Priorität. Wie viele Leute sind da von Obersiggenthal? Wir wissen es nicht. Dann wäre es kein Problem, wenn diese ihre Verträge erneuern müssen, wenn diese ihre Eingabe machen müssen, dass sie die Halle wieder bekommen, dass man mit ihnen das Gespräch sucht.

OpenSunday ist von 13:30 Uhr bis um 16:30 Uhr. Vielleicht können die um 17:00 Uhr oder am Morgen gehen, man könnte Lösungen suchen. Man könnte auch schauen, sind es nicht so grosse Gruppen, dann ist nicht jemand im Unterboden und eine im OSOS, sondern beide Gruppen jeweils im OSOS. Der OpenSunday im Unterboden oder umgekehrt. Zusätzlich hat es auf dem Postulat schon viele inhaltliche Begründungen. Was ich noch hervorheben möchte, das sind jetzt noch die Flyer von Wettingen und Spreitenbach. Dass jetzt in diesem roten Kreis explizit geschrieben ist, für Kinder mit und ohne Behinderungen. Die Gestaltung von diesem OpenSunday, hat auch oft einen Bewegungslandschaftlichen Teil. Dieser ist sehr freundlich, eben auch für Jugendliche. Ich habe etwa 40 Jahre Sportunterricht erteilt. Mein Wunsch ist auch immer gewesen, möglichst auch die Schwächeren zu fördern, dass diese gerne kommen, dass diese Bewegungsfreude erleben können. Es kann sein, dass so ein niederschwelliges Angebot vielleicht auch Möglichkeiten gibt, dass Kinder kommen, die nicht so in den Schulsport gehen und sich im klassischen Sportunterricht vielleicht nicht immer wohlfühlen. Ich denke das könnte auch das niederschwellige Angebot sein, dass es für alle kostenlos ist. Eben auch noch durch diese Offenheit, dass man jetzt ein exklusives Angebot machen möchte, noch mehr Kinder gewinnen kann. Ich denke wir haben auch in unseren Parteiprogrammen, den Legislaturzielen bei uns in der Mitte-Fraktion zum Beispiel. Sicher haben die meisten auch eine attraktive Gemeindeförderung, wir haben da drin auch Sport- und Freizeitmöglichkeiten

fördern. Das wäre jetzt eine Gelegenheit, die wir als Einwohnerrat, neben den tollen Angeboten, welche die Vereine machen. Wir haben eine Turnershow, das ist so viel Ehrenamtlichkeit, wir haben den OBSI-Trail von Einzelpersonen, welcher dann natürlich auch immer unterstützt wird von Gemeinde. Ich finde, wir können als Einwohnerrat ein Zeichen setzen, dass es uns weniger als 0.06% vom Budget wert ist. Wir suchen mit diesen Leuten das Gespräch und das Ziel ist es gar nicht jemanden herauszuwerfen, sondern andere Lösungen zu suchen.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich möchte nur noch kurz daran erinnern, dass wir darüber abstimmen ob das Postulat überwiesen werden sollte.

David Wick, glp-Fraktion: Wir haben wieder einmal ein Kurzes. Ich habe mir notiert, ich unterstütze das Anliegen, das Postulat. Wir finden es sinnvoll, wir finden es ergänzend und wir finden es auch integrativ, was du jetzt eigentlich gerade gesagt hast. Ich habe mir hier noch notiert, wo ein Wille da ein Weg. Aber jetzt müsste ich es vielleicht so anpassen, wo ein Wille da vielleicht noch ein besserer Weg. Wie du auch gesagt hast, dass man niemand verärgern muss, sondern dass man die Gruppen zusammennimmt oder ein besseres Timing, einen besseren Slot findet, dass das stattfinden kann.

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion hat sich etwas erstaunt gezeigt über den Entscheid und über die Argumentation, zumindest in schriftlicher Form, dass es der Gemeinderat das Postulat nicht entgegennehmen möchte. Insbesondere die Begründung, dass die Belegung vom Unterboden und von der OSOS-Turnhalle so eine Umsetzung nicht zulässt. Du hast dich jetzt zwar etwas berichtigt und diese Begründung schlichtweg nicht wirklich korrekt ist. Das ist im jetzigen Zeitpunkt sicher kein Grund, das Postulat nicht zu überweisen. Es ist viel mehr eine Frage der Priorisierung von der Gemeinde, was möchte sie an einem Sonntag in den Turnhallen haben oder auch anbieten im Falle von OpenSunday und auch eine Optimierung im Gespräch mit den bisherigen Benutzern von dieser Sporthalle. Ich glaube da gibt es ganz bestimmte Lösungen. Da gibt es vielleicht auch eine andere Lösung, dass OpenSunday nicht jeden Sonntag stattfinden muss. Da kann man wie gesagt ausweichen auf das OSOS und zusammenlegen von gewissen Sachen. Es wäre jetzt noch nicht der Zeitpunkt um das aufgrund von Hallenbedingungen zu stornieren. Auch aus der Sicht der SP-Fraktion halten wir an der Überweisung dieses Postulats fest.

Davorka Oluic, FDP-Fraktion: Der Erfolg der OpenSunday's in anderen Gemeinden im Kanton zeigt, dass ein solches Bewegungsprogramm auf grosses Interesse bei Eltern und Kindern stösst. Die OpenSundays können nur mit Hilfe von vielen Freiwilligen durchgeführt werden und sorgen für ein sportliches, soziales Miteinander innerhalb der Gemeinde. Im Zuge der jährlichen Neuplanung dieser Hallenbesetzungen verstehen wir nicht, wieso zumindest eine Berücksichtigung von diesem Projekt, im neuen Belegungsplan kein Platz findet. Wir sind uns bewusst, dass unser Finanzhaushalt auf die kurz-, mittel- und langfristigen Mietverträge absolut angewiesen ist. Allerdings sind wir auch der Überzeugung, dass mit einer neuen Planung bestimmt eine optimalere Hallenbelegung generiert werden kann, zu Gunsten vom positiven Bewegungsverhalten von unseren Kindern.

Andreas Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Ich werde diese Überweisung des Postulats auch unterstützen. Ich finde es sinnvoll, richtig und wichtig, dass diese Hallen die wir in unserer Gemeinde haben, so oft wie möglich benutzt werden. Die stehen da und sollten dazu offen sein, damit sich möglichst viele Leute adäquat da drin bewegen können. Wir haben auch rege diskutiert bei uns in der Fraktion ist das nicht eine Konkurrenz zu bestehenden Vereinen. Ich glaube das Anliegen von OpenSunday spricht nicht in erster Linie die Leute an, welche in den Vereinen schon aktiv sind, sondern wir wollen ein niederschwelliges Angebot für Leute, Kinder oder Familien, die vielleicht nicht so eine Affinität zum Sport haben und nicht schon in den Vereinen aktiv sind. Dass diese das Angebot haben, ganz niederschwellig dort hinzugehen und einmal etwas Sportluft schnuppern können. Wenn es ihnen gefällt können sie vielleicht in einen Verein beitreten und in diesem dann weitermachen. Von dem her finde ich das Ganze unterstützenswert. Der einzige kritische Punkt, Esther Reimann hat diesen auch angesprochen, ich finde es auch heikel, dass man bestehende Gruppierungen, welche jetzt dort trainieren

oder Sport treiben, herauszuschmeissen. Man müsste viel daran setzen zum Schauen, ob es keine Lösung für ein Nebeneinander oder Miteinander gibt.

Alois Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Ich bin gegen die Überweisung und zwar sehe ich das wirklich als ein Konkurrenzprodukt für die Vereine. Wenn ich schaue, CHF 28'000 für 15 solche Nachmittage, finde ich das wahnsinnig viel Geld. Ich würde vorschlagen, dass man zuerst auch einmal eine Lösung sucht eventuell mit Vereinen. Also ich sehe es als ein grosses Konkurrenzprodukt für die Vereinen und vor allem den Gesamtbetrag von CHF 28'000 nur für die Idee Suisse für 15 Sonntage ist zu viel Geld.

Esther Reimann, Die Mitte-Fraktion: Ich möchte einfach ergänzen wegen diesen CHF 28'000. Wir haben ja die 40%, welche der Kanton daran zahlt, also am Anfang ist es deutlich günstiger und dann ist es für 3 Jahre subventioniert. Man kann schauen ob es anläuft und es heisst ja nicht, dass wir nicht bereits nach einem Jahr wieder nein dazu sagen könnten. Die Zahlen von Spreitenbach und Wettingen sind hoch. Am 20. Oktober 2024 ist es losgegangen in Spreitenbach und Wettingen. Spreitenbach hat zum Beispiel 71 Teilnehmende gehabt bereits am 1. Sonntag und Wettingen 56. Was mich sehr gefreut hat, ist das in Spreitenbach von 71 Teilnehmenden 39 Mädchen gewesen. Das ist auch nicht unbedingt so klar, dass so deutlich mehr Mädchen an diesem niederschweligen Angebot teilnehmen wie die Jungs.

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Ich habe mir mehrere Sachen aufgeschrieben, beziehe mich jetzt aber nur noch auf den Punkt Konkurrenz zurückkommen. Ich persönlich sehe es nicht als eine unmittelbare und direkte Konkurrenz zu den Vereinen. Dann würde ich am ehesten noch in Richtung Turnverein und DTV gehen, welche vielleicht noch etwas nahestehen. Aber ein spezifischer Sportverein, der vielleicht eine Sportart ausübt, ist dies ganz bestimmt nicht. Ich sehe aber auch in diesem Punkt überhaupt keine Konkurrenz. Ich würde eher sagen, dass wenn jetzt Primarschüler einen Gefallen finden an Bewegung und Sport würden sie vielleicht eher noch zur Jugi oder zur Mädchenriege wechseln. Also irgendwie eine Konkurrenz sehe ich nicht. Ich weiss auch nicht, dass ein Verein am Sonntag in der Halle ist, ausser wenn es jetzt einen Wettkampf gibt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen, das Postulat Open-Sunday soll nicht überwiesen werden.

Der Antrag wird mit 27 Nein-Stimmen zu 8 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Das Postulat wird überwiesen.

Christian Keller, Gemeinderat: Ich bitte die Postulanten in der Budget-Debatte nachher auch die entsprechenden Anträge zu stellen, damit es in das Budget einfließt.

5 2024/34 Beantwortung Postulat SVP betreffend Ausarbeitung Konzept Neubau Entsorgungsplatz beim Technischen Zentrum Gässliacker

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Gemeinderat: Wir haben für die Bearbeitung einen Moment gebraucht, für das entschuldige ich mich nochmals bei den Postulanten. Es heisst ja: Gut Ding will Weile haben. Wir haben letztes Jahr ein Zwischenbericht gemacht und haben in der Zwischenzeit weitere Abklärungen getroffen. Wir haben hier Swiss-Recycling mit ins Boot genommen. Die Swiss-Recycle ist die Dachorganisation von verschiedenen einzelnen Recycle-Organisationen und ist spezialisiert auf Beratungen von Gemeinden in so Fällen.

Wir haben relativ gleich zusammen erkannt, dass es einen Handlungsbedarf gibt auf verschiedensten Ebenen. Zum einen ist es so, dass die bestehenden Unterflursammelstellen, welche wir verteilt haben in der Gemeinde, a) bleiben sollten und b) beschriftet werden sollten, weil wenn sie sich mal achten diese sind gar nicht Beschriftet.

Wir haben festgestellt, dass die bestehenden Reglemente und Vollzugsordnungen in die Jahre gekommen sind und nicht mehr aktuell sind. Zum Teil werden die neusten Entwicklungen nicht berücksichtigt und müssen überarbeitet werden. Wir haben gesehen, dass gewisse Sammel-Fraktionen aktuell eher auf der teureren Seite sind, was wir als Gemeinde zahlen, damit diese gesammelt werden. Das heisst, wir wollen Ausschreibungen machen. Die Überflurcontainer im Technischen Zentrum sind nicht mehr à jour. Wer schon dort gewesen ist, hat gemerkt das man zum Teil auf eine Treppe stehen muss, damit man Entsorgen kann. Das ist wahrscheinlich auch nicht mehr ganz zeitgemäss.

Die Öffnungszeiten im Technischen Zentrum sind uneinheitlich gewesen, dass habt ihr bereits heute gehört das es angepasst wird. Die Parkfelder müssen neu beschriftet werden und auch die Verkehrsführung ist möglicherweise nicht ganz optimal.

Handlungsbedarf gibt es aber auch in der Entsorgungsstelle im Technischen Zentrum im geschlossenen Teil. Der Abfall ist im Moment zum Teil gedeckt also wenn ihr euch achtet, die Alteisen Mulden sind nicht gedeckt, das heisst, wenn dieses Material geholt wird und die Mulde hochgehoben wird, dann läuft zuerst einmal eine Sauce raus, bevor man die Mulde auf den Lastwagen hebt. Der Komfort für die Personen, welche am Samstag dort sind, ist eher gering. Es mangelt zum Beispiel an den einfachsten Sachen, wo gehen sie aufs WC, man muss ihnen diese öffnen im Technischen Zentrum. Was nicht so ideal ist, wenn man keine saubere Trennung hat zwischen, Personal der Sammelstelle und Personal welches ins Technischen Zentrum gehört, zum Beispiel Baudienst. Es gibt keinen abschliessbaren Raum, für gewisse Sammelmaterialien zum Beispiel, die Sagex-Säcke, diese muss dann der Baudienst am Samstag extra einschliessen gehen, damit diese bei Wind nicht im Gemeindegebiet verteilt werden. Die Sammelmaterialien sind nicht mehr à jour, im Sinne von dem das es erweitert werden sollte. Stichwort: Papier, Karton, PET, Plastik etc. Das ist nicht etwas worauf wir selber gekommen sind oder nur selber draufgekommen sind, sondern hier hatten wir Rücksprache mit der EUK und haben sie ins Boot geholt um von ihnen zu hören, was es braucht.

Es gibt keine Trennung vom Lager des Baudienstes mit der Entsorgungsstelle. Das führt dazu, dass fälschlicherweise Leute welche entsorgen, das Gefühl haben, dass sie ihren Gartenplattenbedarf gerade bei uns stillen können, statt im Do-it. Das wiederum dazu führt, dass der Baudienst das abschliessen und speziell markieren muss, dass es Material vom Baudienst ist. Der Baudienst lagert Baumaterialien, ich sage jetzt Dreck oder Mergel usw. das machen sie mehr oder weniger auf dem Grund. Das heisst, heute ist es eigentlich zeitgemäss, dass man das in betonierten Fächer aufbewahrt, dass nicht die Ware einfach auf dem Boden liegt.

Altpapier, Karton usw. habe ich vorhergesagt, das sind eigentlich Sachen, welche man zusätzlich sammeln könnte.

Wie sehen die Lösungsansätze aus, welche wir angeschaut haben: Die Lösung wäre, dass man im Technischen Zentrum eine neue Halle machen würde. Die Grundidee wäre, dass die Halle auf drei Seiten zu ist und vorne offen aber grundsätzlich abschliessbar, wo dann verschiedene Fraktionen gesammelt werden können. Der Gemeinderat möchte in einer ersten Phase, Papier und Karton einfach mal den Platz dort schaffen und den Platz freibehalten aber noch nicht direkt sammeln.

Es ist vorgesehen, dass es in dieser Halle auch ein WC geben wird, dass die Personen, welche die Sammelstelle bedienen es auch brauchen können und die Räume vor allem noch abschliessbar sind.

Es ist aber auch vorgesehen, dass man die Zonen vom Baudienst verschieben und anpassen müsste, unter anderem mit den Fächern, welche ich schon genannt haben. Was auch noch offen ist, ist die Verkehrsführung, es ist im Moment nicht ganz ideal. Personen, welche parkieren, wegfahren und entsorgen, kreuzen sich eigentlich alle hinter den Autos und das ist nicht perfekt. Wir wollen den Weg gehen, dass habe ich bereits an der Fraktionspräsidiums-Sitzung gesagt und das werde ich auch zum richtigen Zeitpunkt an der Budgetdebatten bringen. CHF 40'000 einsetzen für einen Projektierungskredit, dass man hier etwas Konkretes planen kann. Wir wollen nicht zuerst ein Projekt ausschaffen, welches danach beendet wird und die Kosten dann weg sind, sondern wir wollen jetzt ein Statement hören. Möchte man diesen Weg generell gehen, ist man bereit das zu sprechen, wenn nicht wird nichts passieren dort, dann bleibt es so wie es ist. Was wir machen werden und hier sind auch schon Beträge eingesetzt, für die einfacheren Sachen bei der dezentralen Sammelstelle, sprich Beschriftungen, etc. kleinere Sachen, Reinigungsgeschichten. Hier haben wir bereits etwas ins Budget von der Abfallbewirtschaftung eingestellt. Ich möchte mich bedanken, bei den Postulanten, weil ich denke am Anfang hat man nicht gerade gesehen, was das auslöst. Wir konnten doch ein paar Sachen anpacken, welche wir vielleicht nicht angepackt hätten und von dem her ist es zum richtigen Zeitpunkt gekommen.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Es wird wieder etwas sein, was kosten wird. Da ist die SVP-Fraktion nicht unbedingt immer dafür, aber ich denke so wie du das ausgeführt hast, ist es eine sinnvolle Sache. Es hat Bedarf an der jetzigen Infrastruktur. Das Postulat ist ketzerisch geschrieben mit der Aufhebung. Es geht aber effektiv nicht um ein Aufheben, sondern es sind genau diese Ideen drin gewesen, welche man jetzt gehört hat. Das man sich überlegt, was ist richtig, was ist zukunftsgerichtet eine attraktive Gemeinde. Wir finden auch, es gehört dazu, dass man die Entsorgung ernst nimmt und dass man das möglichst breit gestreut sammeln kann, was heutzutage auch gesammelt werden sollte und dementsprechend finde ich diesen Weg gut. Der richtige Zeitpunkt, wegen dem Budget gibt es nie, es wird immer etwas kosten. Wir hoffen das der Gemeinderat hier auch weitsichtig plant und ich denke, dass das bereits ausgeführt, damit das stattfinden wird und dementsprechend Danke für die Information.

Volkmar Hauelsen, Die Mitte-Fraktion: In der Abstimmung geht es ja einfach darum, ob das Postulat erfüllt ist und von der Kontrolle abgeschrieben werden kann. Es geht nicht um Details aus dem Konzept, wie es vorgestellt ist und für die Erfüllung des Postulats sehen wir alles gemacht, wir sehen sogar bestens gemacht. Das sind die Fragen beantwortet, die im Postulat waren, diese mussten ein Konzept erstellen, dass wurde gemacht unter Einbezug von Aussensichten mit Swiss-Recycle. Deswegen auch meinen Dank an den Gemeinderat, dass so ausführlich zu behandeln. Ich bin gespannt was wir im Weiteren noch beschliessen werden, wie wir das Ganze dann noch umsetzen für die Erfüllung des Postulats.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Vom Schlussbericht des Gemeinderats zum Postulat zwei Kenntnis zu nehmen.**
- 2. Das Postulat ist als erledigt vor der Kontrolle zu streichen.**

Der Antrag wird mit 38 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

6 2024/11 Erhöhung des Stelleplans des Bereichs Bau und Planung um 125 %

Eintreten nicht bestritten

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Einwohnerrat hat eine Analyse vom Bereich Bau und Planung gefordert. Nicht Inhalt dieser Analyse waren die Abteilungen Baudienst und Wasserversorgung. Der definitive Bericht wurde am 22. Mai 2024 vorgelegt. Die Einwohnerräte haben die gekürzte Variante zur Verfügung gestellt bekommen und die Empfehlungen der vorgeschlagenen Massnahmen zu sehen. Die BDO schlägt in ihrem Bericht einen ganzen Strauss an Massnahmen vor. Insbesondere zeigt der Bericht auf, dass gewisse Aufgaben mangels Ressourcen nicht oder nur in geringen Mass erledigt werden konnten. So ist in den Fachrichtungen Planung, Liegenschaften-Strategie und Umwelt in qualitativer und quantitativer Hinsicht, Handlungsbedarf festgestellt worden, damit die erforderlichen Dienstleistungen von Gesamtbereich für die Gemeinde erbracht werden können.

Ausserdem wurde vorgeschlagen, dass auch das Sekretariat leicht vergrössert werden sollte, damit der Bereich insgesamt gestärkt werden kann. Die BDO hat empfohlen den Stellenplan um 175% Stellenprozent zu erhöhen. Der Gemeinderat ist dem nachgegangen und hat zusammen mit der Geschäftsleitung, der Bereichsleiterin und dem HR den Bericht besprochen und die Empfehlungen diskutiert. Die Massnahmen, die mit den vorhandenen Ressourcen sofort umgesetzt worden konnten, hat man sofort an die Hand gegeben und werden jetzt auch laufend umgesetzt.

Ein weiteres zentrales Thema von diesen Gesprächen, war dann auch die Zuordnung der Aufgaben zu verschiedenen Funktionen und die Abschätzung der erforderlichen Ressourcen gewesen um diese erledigen zu können. In diesem Zusammenhang hat man sich auch mit der Frage der Wiedereingliederung von bereits ausgelagerten Aufgaben befasst und andererseits hat man auch geprüft, ob man ein paar von diesen Aufgaben, die hier aufgezählt worden sind ausgliedern sollte. Wir waren sehr froh um die Auflistungen und den Überlegungen der BDO. Wir konnten unsere Überlegungen reflektieren und schauen, ob wir etwas vergessen haben oder nicht.

Bei diesen Gedanken, sind wir klar zum Schluss gekommen, dass wir die Tätigkeiten aus der Verwaltung selber erbringen möchten. Bei der Funktion Liegenschaften-Strategie, geht es um nicht weniger als die längerfristige Planung und Abstimmung von Arbeiten und dieser Durchführung, betreffend dem Erhalt von unseren Liegenschaften. Unsere Liegenschaften, haben einen Gesamtwert von rund CHF 130'000'000. Diese Arbeiten müssen dann auch im Finanzplan koordiniert werden und es muss geschaut werden, welche Arbeitsgattungen zum Beispiel in verschiedenen Gebäuden gleichzeitig durchgeführt werden sollten um möglichst Synergien zu nützen und das möglichst günstig durchzuführen. Bei der Raumplanung, handelt es sich um das Instrument zum die längerfristige Entwicklung von der Gemeinde zu steuern mit einer Person die nahe an der Gemeinde ist, nah an der Politik und die Bedürfnisse wahrnehmen kann und das einfließen lassen, in die Tätigkeit.

Ausserdem sind auch die Koordination und ein enger Austausch mit den Abteilungen Hochbau, Liegenschaften und Tiefbau angezeigt, damit diese Überlegungen dann danach in den operativen Teil von der Verwaltung überführt wird und dass das auch längerfristige Strategien verfolgt werden.

Auch im Bereich Umwelt, gibt es strategische Themen, welche für eine gewisse Zeit eher wenig beachtet worden sind. Das sind unter anderem auch Themen, mit Schnittstellen in den Bereichen von den Liegenschaften-Strategien und von der Raumplanung. Mit einer Lösung im Haus ist auch gewährleistet, dass die Gemeinde die erste und einzige Kundin ist und alleine ihre Interessen gewahrt werden. Bei der weiteren Auslegeordnung, mit der wir uns mit der Frage befasst haben, was für ein Pensum konkret zur Diskussion stehen könnte sind wir eher zurückhaltend vorgegangen.

Aus naheliegenden Gründen, wir haben keine Erfahrung, wie das dann ist, wenn die Stellen besetzt sind. So haben wir den Vorschlag der BDO abgeändert also nicht 175% Stellenprozent, sondern wir stellen den Antrag für 125%. 100% sind für die Liegenschaften-Strategie für die Planung und Umwelt vorgesehen und 25% für eine Verstärkung vom Sekretariat. Damit können die Fachpersonen von administrativen Aufgaben entlastet werden und sie können wirklich ihr Fachwissen anwenden. Sollte es der Praxis ergeben, dass uns die Einschätzung viel zu zurückhaltend gewesen ist, müssten wir unsere Auslegeordnung aufgrund des Berichts der BDO nochmals überprüfen und allenfalls nachbessern. Im Namen des Gemeinderates ersuche ich sie das sie unseren Antrag gutheissen.

Hanne Rigter, SP-Fraktion: Seit Jahren diskutieren wir über die hohe Fluktuation über die Arbeitsrückstände und die anhaltenden Herausforderungen im Bereich Bau und Planung. Wir haben auch immer wieder im Einwohnerrat nach Massnahmen geschrien oder gefragt. Das Handlungsbedarf besteht, ist jetzt auch noch durch die Analyse der BDO bestätigt worden. Wir als SP-Fraktion unterstützen aus diesem Grund auch einstimmig den Antrag vom Gemeinderat. Wir erhoffen uns so, dass sich die Situation beruhigt und wir den Zustand von kurzfristig reagieren in einen Zustand vom aktiven Gestalten kommen. Was wir insbesondere unterstützen, ist das wir mit der neuen Organisation eine übergreifende Verantwortung von der Planung von Geschäften, ob auf Gemeindeebene, Regional oder Kantonal eingeführt wird. Zudem bekommen strategisch relevante und zukunftsgerichtete Themen in eine langfristige Liegenschaftsplanung und Umwelt-Themen mit Energieversorgung so auch ihren Platz um so die langfristige Entwicklung von unserer Gemeinde.

Daniel Gadiant, SVP-Fraktion: Auch wir haben den Antrag diskutiert. Es ist ganz klar, die schwere Situation, welche wir haben auf der Abteilung Bau und Planung ist zurückzuführen auf die Überlastung und dem vielen Personalwechsel. Inwiefern die Erhöhung des Stellenpensum der Abteilung Bau und Planung aus der Situation raushilft, sei jetzt mal dahingestellt. Wir möchten aber trotzdem die Chance geben wir werden diesem Antrag grossmehrheitlich zustimmen und hoffen, dass wir so auf der Abteilung Bau und Planung vielleicht ein wenig Stabilität bekommen. Damit man auch, wie heute schon gesagt worden ist, ausgelagerte Prozesse direkt dann zurückholen und wir ein wenig mehr auf den aktuellen Stand kommen.

Christoph Villiger, FDP-Fraktion: Ich denke es geht in eine ähnliche Richtung, wie meine Vordröner schon, was ich sagen möchte. Die schwierige Lage der Abteilung Bau und Planung ist glaube ich ihnen allen weit bekannt. Für uns als FDP-Fraktion ist aber auch klar, dass die Abteilung Bau und Planung ein zentraler Bereich ist und eine strategisch wichtige Aufgabe bei der Entwicklung von unserer Gemeinde einnimmt. Sei es für die Raumentwicklung, Verkehrsplanung, Siedlungsentwicklung etc. und so auch für die Standortattraktivität von Obersiggenthal. Der Handlungsbedarf ist da für uns unbestritten. Die Vorgehensweise mit dieser externen Analyse durch die BDO finden wir begrüssenswert, es werden auch konkrete Massnahmen und personelle Allokationen klar gezeigt. Was ein Fakt ist, die bisherige Tätigkeit der Abteilung Bau und Planung ist durch die bekannte schwierige Situation belastet worden. Inwiefern eine Erhöhung vom Stellenplan zur vollständigen Entschärfung dieser Situation führt, können wir nicht

abschliessend beurteilen. Der Erhöhungsantrag zeigt unter anderem, ein neues Organigramm, also eine neue Organisation mit klar zugeteilten Pensen auf, an welcher Stelle, welche Ressourcen von total 660% zur Verfügung steht. Das Ziel muss sein, nach der erfolgten Aufstockung und Besetzung dieser Stellen, die Aufgaben von diesem Bereich inskünftig wieder vollumfänglich zu erfüllen. Das ist dann auch gleichzeitig unsere Erwartung als Partei. Leider sind die zusätzlichen Kosten noch nicht im Budget 2025 enthalten. Interessant wird in diesem Zusammenhang sein, welche bisherigen externen angefallenen Kosten aufgrund dieser Pensenerhöhung eingespart werden können. Unser Fazit, die FDP-Fraktion stimmt dieser Pensenerhöhung zu.

Andreas Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Wir haben das eingehend diskutiert, die Situation bei der Abteilung Bau und Planung ist schon lange angespannt. Der ständige Personalwechsel und die verstärkte Arbeitslast haben dazu geführt, dass geforderte Dienstleistungen, wenn überhaupt, nur noch mit Mühe erledigt werden konnten oder dass sie ausgelagert werden mussten, wie vorhin bereits gesagt. Die schwierige Situation in der Abteilung Bau und Planung belastet somit auch die ganze Gemeinde. In der Sitzung vom 7. Dezember 2023 haben wir die Motion der glp-Fraktion, betreffend Reporting Bau und Planung vom Einwohnerrat klar nicht überwiesen. Die Voten sind dahingegen gegangen, dass man die vertiefte Prüfung abwarten will und schaut, was dabei herauskommt. Diese Prüfung ist jetzt erfolgt, der BDO-Bericht liegt vor und zeigt Massnahmen. Gemäss BDO ist auch eine Stellenaufstockung von 175% gefordert. Die Gemeinde strebt nun einmal die 125% an. Uns ist es auch wichtig, dass man noch einmal hinschaut und das auch rechtzeitig erhöht, wenn man merken würde, dass es knapp wird mit diesem Pensum. Wir erwarten vom Gemeinderat, dass die empfohlenen Massnahmen umgesetzt werden und erhoffen uns sehr, dass mit dieser skizzierten Neustrukturierung und Erhöhung vom Stellenplan endlich wieder Ruhe und Kontinuität im Bereich Bau und Planung einkehren kann und dass anstehende Aufgaben zeitnahe und zuverlässig erledigt werden können. Wir sind auch davon überzeugt, dass es Sinn macht, dass möglichst viele dieser Aufgaben innerhalb der Gemeinde gemacht werden und dass man möglichst wenig auslagert aus diesen Gründen die vorhin bereits gesagt wurden. Die Mitte-Fraktion unterstützt die beantragte Stellenplanerhöhung von 125% ganz klar und sind auch für Einstellung dieser CHF 158'500 im Budget 2025.

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: Wir erinnern uns gut an die letzte Diskussion im Einwohnerrat über den Personalbestand der Gemeinde und die Forderung nach der Plafonierung davon. Erfreut nehmen wir Kenntnis, dass der Gemeinde in der Zwischenzeit personelle Notstände beheben konnte und der Betrieb in diesem Bereich verbessert und gesichert werden konnte. Wie wir alle wissen, kränkt die Abteilung Bau und Planung schon länger. Die nicht gelungene Einführung des Parkierungsreglements ist nur ein Beispiel von vielen für die möglichen Konsequenzen, die durch eine personelle Unterbesetzung bei so wichtigen Aufgaben entstehen können. Es ist uns ein Anliegen, dass die Aufgaben von der Bauverwaltung effizient und zeitnahe erledigt werden können aber auch dass die Arbeit auf und für die Gemeinde, nebst allen Herausforderungen, auch Freude und Befriedigung bringen sollte. Aus diesem Grund haben wir der Erhöhung vom Stellenplan auch im Bereich vom Sozialen, dem HR und der Schule zugestimmt und werden auch dieser für die Abteilung Bau und Planung zustimmen. Wir möchten aber auch festhalten, dass es aus unserer Sicht, dann genug ist. Wir sind überzeugt, dass diese Veränderungen reichen, dass die Gemeinde Obersiggenthal zu einem guten Arbeitsort wird, dass die Menschen gerne da arbeiten, ihre Kompetenzen und Fähigkeiten zum Tragen kommen, ihnen den Einsatz zum Wohl von uns alle Befriedigung und Weiterentwicklung ermöglicht.

David Wick, glp-Fraktion: Ihr habt vielleicht gemerkt, dass ich vorhin etwas Redezeit eingespart habe, weil jetzt ein längeres Votum kommen würde, jetzt ist aber schon fast alles gesagt worden. Ich glaube, es ist ein belastender Budgetposten, das ist klar aber wir können auch froh sein, dass das nun in Angriff genommen wird. Dieser Prozess der unter anderem von der FIKO und dem Gemeinderat eingeleitet worden ist via Tiefenprüfung. Bettina Lutz Güttler hat vorhin erwähnt, dass dieser Strauss an Massnahmen erstellt worden ist. Da gibt es natürlich auch andere Massnahmen und wir möchten nochmal daran erinnern, dass diese bitte nicht

unter den Tisch fallen wie zum Beispiel, dass diese Rollenvermischung-/ bzw. Verantwortungsvermischung von operativer und strategischer Leitung angegangen bzw. geklärt wird. Die Kommunikationskultur, Raum für Reflexion geschaffen wird und dass diese Sachen bis zu einem gewissen Grad, wie das empfohlen worden ist in diesem Projekt, in die Wege geleitet werden. Wir sehen es auch deutlich, mit dieser Stellenerhöhung kommt auch der Auftrag an die Gemeinde bzw. an die Verwaltung und an die Gemeinderäte, dass man die bisherig vernachlässigten Themen wie Raum- und Gestaltungsplanung und Umweltschutz konsequenter machen.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Es tut mir leid, dass ich als Einziger dagegen bin. Am 27. Mai 2021 haben wir ein Postulat von einer Immobilienstrategie erstellen lassen. Gewisse mögen sich noch erinnern, viele wahrscheinlich nicht, weil sie noch nicht im Rat gewesen waren. Dort daraus ist ein 2-seitiges Papier entstanden. Schon im 2021 hat man gewusst, man hat ein Immobilienportfolio von 110 Mio. Schon im 2021 hat man gewusst, dass zwischen 2% und 3% vom Immobilienportfolio von der Summe für den Unterhalt eingestellt werden sollte. Linus Egger hat zu seiner Zeit Excel-Listen erstellt, hat sich also eine extreme Mühe genommen die Immobilien anzuschauen, weil es ja nicht unbedingt sein Job gewesen ist, für das haben wir ja die Gemeindeverwaltung bzw. die Abteilung Bau und Planung. Gemacht worden ist ein 2-seitiges Dokument, das ist mal das Eine. Das Andere ist, Bettina hat gesagt im Mai ist diese Strategie bzw. dieses Papier der BDO aufgelegt. Wir haben ein Papier "Gemeinde Obersiggenthal Übersicht zur Organisation und Ressourcenanalyse des Bereichs Bau und Planung zur Verwendung vor dem Einwohnerrat vom 19. September." Der Budgetprozess ist am 19. September durch gewesen und ich finde es relativ sehr schlecht, dass man über so eine hohe Summe diskutiert, welche nicht budgetiert ist. Also frage ich mich im Umkehrschluss, für was wir überhaupt eine Budgetierungsphase machen. Eigentlich kann man ja einfach kurz sagen, wir sollten etwas Geld haben, lieber Einwohnerrat, 30. Oktober, bitte Ja sagen, dass wir dann nächstes Jahr dieses Geld zur Verfügung haben und dementsprechend schaffen können. So finde ich, funktioniert eine Budgetierung nicht. Also es ist ja eigentlich im Mai schon bekannt gewesen in welche Richtung es etwa geht. Der Gemeinderat ist nicht hingestanden und hat nichts ins Budget hineingestellt. Vielleicht bin ich jetzt noch etwas froh, dass der Gemeinderat kommt und sagt ja es sind 175 Stellenprozente vorgeschlagen gewesen, wir reduzieren jetzt einfach mal auf 125% und schauen dann mal wie es läuft. Ich persönlich finde das ein schlechtes Vorgehen. Ich finde es okay vom Hören sagen, dass etwas in dieser Abteilung Bau und Planung nicht sauber ist, aber das ist nicht seit einem Jahr, das ist auch nicht erst seit 2 Jahren, das ist schon länger so. Ich würde dem Gemeinderat beliebt machen, dass man diese Situation vertieft anschaut, der eine Teil ist, das hat die BDO gemacht, es ist ein Massnahmenkatalog herausgekommen. Ich stelle aber den Antrag, dass man das Geschäft ordentlich budgetiert, es jetzt zurückzieht und dementsprechend stelle ich den Antrag: "Die Erhöhung des Stellenplanes im Bereich Bau und Planung ist nicht budgetiert. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass diese Erhöhung in der nächsten Budgetierung ordentlich eingestellt und heute nicht behandelt."

Mara Jenni, Präsidentin: Wenn du hier schreibst "in der nächsten Budgetierung" meinst du die Budgetierung 2026?

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Richtig.

Mara Jenni, Präsidentin: Möchte der Gemeinderat dazu noch Stellung nehmen?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Information wie unser Budgetierungsprozess abläuft. Dieser startet im April mit den Budgetierungen in den Abteilungen. Die Eingabe vom Budget ist am 15. Juni. Wir haben den definitiven Bericht, datiert vom 22. Mai 2024, zuerst lesen müssen, wir haben diesen intern besprechen müssen. Wir haben das Besprochene unter anderem mit David Wick, als Vertreter der FIKO besprochen. Die Geschäftsleitung hat sich intern Gedanken gemacht, der Gemeinderat hat sich Gedanken gemacht. Man musste das konsolidieren. Es ist schlicht nicht möglich gewesen bis am 15. Juni 2024 sich da schon klar zu

sein, wie das ausschauen sollte mit diesen ganzen Aufgaben mit der Zuteilung, was wir für einen Entscheid fällen, ob wir es intern machen oder extern, das ist schlicht und ergreifend in diesem Zeitstrahl nicht möglich gewesen.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Ich weiss nicht ob ich noch etwas dazu sagen sollte, dementsprechend nehmt euch diese Zeit und budgetiert dies bitte ordentlich, ganz einfach. Nicht hetzen lassen, "in der Ruhe liegt die Kraft" mehr gibt es da von meiner Seite her nicht zu sagen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Antrag von Lukas Füglistner: Die Erhöhung des Stellenplanes im Bereich Bau und Planung ist nicht budgetiert. Aus diesem Grund stelle ich den Antrag, dass diese Erhöhung mit der nächsten Budgetierung, Budget 2026, ordentlich eingestellt und neu beantragt wird.

Der Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen zu 31 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag: Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Stellenplan des Bereichs Bau und Planung wird um 125% erhöht,
2. Im Budget 2025 des Bereichs Bau und Planung wird zusätzlicher Personalaufwand von CHF 158'400 eingeplant.

Der Antrag wird mit 33 Ja-Stimmen zu 3 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

7 2024/14 Aufgaben und Finanzplanung

Eintreten nicht bestritten

Peter Marten, Gemeinderat: Es freut mich, dass ich ihnen den Aufgaben- und Finanzplan 2025/29 in meinen Worten oder den Worten vom Gemeinderat darstellen kann und ihnen unsere Gedankengänge hier etwas vertiefen. Nettoschulden werden mit diesem Finanzplan oder nach unserer Planung per Ende 2025 auf rund 24 Millionen anwachsen. Es sind CHF 2'650 pro Einwohner und das ist hauptsächlich unserer Investitionstätigkeit geschuldet zum Beispiel die aktuelle Renovation des Hallen- und Gartenbads. Es ist ein Anstieg gegenüber den 16.86 Millionen per Ende 2023.

Ist der Gemeinderat glücklich mit diesem Anstieg? Nein, der Gemeinderat ist nicht glücklich. Sind wir überrascht von diesem Anstieg? Nein, wir sind auch nicht überrascht, denn das ist die logische Folge, wenn man investiert. Wichtig ist, das mittelfristige Haushaltsgleichgewicht ist erreicht und das bedeutet auch, dass wir auch noch nicht beunruhigt sind. Es ist eine erwartete Entwicklung.

Wenn wir weiter gehen auf der nächsten Seite und uns anschauen wie sich das entwickelt 2025, 2026 und Folgende, jetzt möchte ich einmal eher auf 2026, 2027 und 2028 eingehen. Da sind wir beunruhigt. Die mittelfristige Entwicklung stimmt nicht. Wir wissen aber warum es nicht

stimmt, warum stimmt es nicht? Wir haben im Investitionsplan sehr viele Investitionen eingesetzt, welche wir zum jetzigen Stand davon ausgehen müssen, dass nicht alle kommen werden. Aber der Einwohnerrat hat einmal verlangt vor ein paar Jahren, dass man im Investitionsplan alle möglichen Eventualitäten einplant, das hat den Vorteil, als Einwohnerrat wird man nicht von einer plötzlichen Investition überrascht, sondern nach dem Motto, die schlägt auf, das hat man nicht gewusst und nicht gesehen. Der Nachteil dieser Übung ist aber, dass je länger der Finanzplan hinten raus geht, je grösser wird diese Bugwelle an möglichen Investitionen und je schwieriger wird es etwas herauszulesen wohin die Reise wirklich geht, das ist der Nachteil.

Aufgrund der Äusserungen der Finanzkommission, dass es ihnen Mühe bereitet hat diesen Plan zu verstehen, kann ich davon ausgehen, dass es vielen Leuten genauso geht. Das heisst, dass wir zusammen mit der Finanzkommission anschauen müssen ob es andere Wege gibt. Andere Gemeinden versuchen, dass sie Investitionen die weiter hinten sind, mit Wahrscheinlichkeiten oder gewissen Faktoren rechnen und brechen so die Beträge herunter. Das wäre ein möglicher Lösungsansatz aber der muss sich nicht heute Abend finden.

Ich durfte heute Morgen lesen, mit einem gewissen Grundstaunen, dass der Gemeinderat oder ich als Finanzminister, ich bezeichne mich jetzt mal so, eine Steuerfusserhöhung suggeriert hätte. Ich habe mal im Duden nachgeschaut was suggerieren bedeutet und habe dann gedacht, man kann alles sagen aber dass man suggeriert kann man heute nicht sagen.

Was haben wir gesagt? Wir haben nichts anderes gesagt, als wenn diese Entwicklung so weiter geht, das heisst, wenn wir die Kosten nicht stärker in den Griff bekommen, wenn wir gleich weiter stark investieren, wenn wir uns nicht irren würden bei den Investitionen, dann wird es ziemlich sicher in eine Steuerfusserhöhung münden. Ich habe aber auch ganz klar an der Information der Fraktionspräsidien gesagt, dass für uns eine allfällige Steuerfusserhöhung chronologisch das aller letzte Mittel ist. Das steht überhaupt nicht im Vordergrund. Wäre hier durchgezogen 110% gestanden, wäre wahrscheinlich irgendwo in einem Bericht gestanden, möglicherweise ist der Gemeinderat etwas blauäugig, wenn er das Gefühl hat, es braucht keine Steuerfusserhöhung. Ich denke es ist richtig gewesen, dass wir gezeigt haben, dass wenn es uns allen nicht gelingt Gegensteuer zu geben, diese Entwicklung eintreten könnte. Uns ist aber auch klar nach drei super Abschlüssen, ist eine Steuerfusserhöhung politisch nicht durchsetzbar. Das versteht der normale Bürger nicht, ich würde es auch nicht verstehen, ich würde auch ein nein einlegen, keine Chance. Uns ist klar wir müssen schaffen, dass es keine Steuerfusserhöhung braucht.

Wir haben bei den Investitionen, das habt ihr gesehen, ein paar grössere Abweichungen unter anderem Sanierung Kirchweg West haben wir mit 3.9 Mio. eingesetzt, letztes Jahr hatte ich 2 Mio. drin. Als der Kredit kam, haben wir gesagt was ist der Grund. Die Massnahmen da sind klar, wir müssen sämtliche Posten, die drin sind, besser dokumentieren aufgrund von welchen Grundlagen diese Zahlen hineinkamen, damit man auch ein oder zwei Jahre später oder bei einem allfälligen Personalwechsel, nachvollziehen kann, warum so ein Betrag hineinkam. Die höchste Genauigkeit hat man mit Projekten, es ist falsch x Projekte rechnen lassen damit man eine möglichst hohe Genauigkeit hat. Man kann zum Beispiel bei gewissen Strassenprojekten abschätzen wie viele Quadratmeter sind es, wie viele Laufmeter sind es, was sind durchschnittliche Werte.

Wenn wir weiter gehen und anschauen wie entwickeln sich die Nettoinvestitionen und die Selbstfinanzierung. Es ist so, dass die Selbstfinanzierung natürlich angespannt ist, vor allem bei diesen Investitionen welche anstehen. Das ist sicher nicht diese Entwicklung welche wir suchen und möchten.

Ich hoffe diese Grafik versteht man halbwegs. Die blauen Balken sind der Finanzplan, den wir erstellt haben im 2022. Das ist die damals prognostizierte Entwicklung der Schulden. In rot haben wir dargestellt wie wir den Plan gemacht haben im 2023, wie sich dann dort nach diesem Plan die Schulden entwickeln sollten. In grün wäre dann das Jahr 2024. Was ich einfach damit sagen will, wenn man den kurzfristigen Bereich anschaut, sind wir deutlich unter dem

an Schulden, von denen wir noch davon ausgegangen sind, im 2022 sein könnten. Das ist daran geschuldet, dass wir super Abschlüsse gehabt haben. Das heisst also, wenn wir das Bild verbessern wollen, müssen wir a) weniger investieren und b) bessere Abschlüsse erwirtschaften.

Bezüglich den Massnahmen zum Schuldenabbau ist es so, dass wir gesagt haben, dass wir verschiedene Sachen machen möchten. Wir sind dort aber noch nicht so weit wie wir sein wollten. Wir haben einen ambitionierten Zeitplan gehabt, den ambitionierten Zeitplan konnten wir nicht umsetzen, das ist aber auch der personellen Situation geschuldet gewesen. Wir haben doch gravierende Ausfälle gehabt in der Verwaltung. Unter anderem durfte Bernhard Wehrli noch die Geschäftsführung ad Interim machen und durch das konnten wir gewisse Sachen schlichtweg nicht anpacken.

Was wir trotzdem machen, wir überprüfen laufend die Ausgabe- und Einnahmenseite und nehmen Anpassungen vor. Wir hatten heute Abend bereits ein Beispiel, die Anpassung dieser Konzessionsgebühr ist nicht einfach so passiert, sondern das ist auch etwas wo man angeschaut hat und Handlungsbedarf gesehen hat, also haben wir den Vertrag auch angepasst.

Es sind Aussagen gekommen, dass wir die Baurechtszinsen, gewisse Sachen sind ja nicht mehr drin oder wie auch immer, einfach auch um hier klar zu sein, ja, wir haben immer noch die Absicht, wir möchten Flächen dem Baurecht abgeben, ja es ist immer noch die Absicht, dass es das Sternenareal ist, das hat die Frau Gemeindeammann ausgeführt und ja wir sind im Verzug beim Bachmatt. Im Bachmatt sind wir noch nicht so weit wie wir sein wollen. Wir haben momentan das Problem, dass wir in dieser Schulraumplanung, in welchem wir auch einen Rückstand haben aber jetzt anfangen, noch nicht so weit sind, weil sich aus den Schulraumplanungen daraus dann diese Resultate ergeben. Zum Beispiel beim Bachmattschulhaus wie viel Fläche haben wir dort, brauchen wir noch, brauchen wir zusätzlich noch oder wird allenfalls etwas frei bei den Kindergärten usw. So lange das nicht steht müssen wir nicht über Flächen diskutieren die wir möglicherweise im Baurecht ausscheiden könnten im Bachmatt. Es ist einfach im Moment noch nicht klar.

Wie sieht es bei den Spezialfinanzierungen aus? Da hat man zum einen den sogenannten Gebührenabtausch beim Wasser- und Abwasser. Dort ist es so, dass wir beim einen 30 Rappen hinaufgehen und beim anderen 30 Rappen heruntergehen. Das hat damit zu tun, dass wir auf der einen Seite grössere Investitionen anstehen beim Wasser. Beim Abwasser stehen auch grössere Investitionen an aber die sind betragsmässig kleiner als man gedacht hat. Angenommen die Entsorgungsstelle Technisches Zentrum wird realisiert, dann wird entsprechend das Nettovermögen beim Abfall reduziert. Beim Wasser, um gewissen Gerüchten begegnen zu können, in der Dezember-Einwohnerratssitzung ist geplant, dass wir mit der Vorlage kommen für die Erneuerung der Tüchtigung. Tüchtigung ist glaube ich das richtige Wort vom Pumpwerk Aesch und da ist es so, dass wir diese eingesetzt haben bis jetzt mit CHF 700'000 und das wird im Bereich von rund 1.3 Mio. sein aber sie werden danach noch genug detaillierte Informationen zu gegebenen Zeiten bekommen, warum das grösser ist aber ich denke es ist nicht mehr als fair wenn wir das jetzt wissen. Wir haben es nicht gewusst als wir den Finanzplan machten aber jetzt wissen wir es und darum sagen wir es jetzt schon, nicht dass es dann heisst wieso hat man da nichts gesagt im Oktober. Das wären meine Ausführungen zum Aufgaben- und Finanzplan. Der Gemeinderat hat diverse Hausaufgaben gefasst oder wir haben diese uns selber gegeben. Wir müssen stärker priorisieren. Wir müssen schauen, dass es vor allem bei dieser Investitionsbugwelle klarer ist, was kommt mit einer grösseren Wahrscheinlichkeit und das auch versuchen anders darzustellen. Wir müssen die Grundlagen versuchen anders darzustellen. Wir müssen auch daran schaffen, dass wir den Hebel ansetzen bei den Ein- und Ausgaben. Bei den Einnahmen haben wir konkret einen Auftrag erteilt an die Geschäftsleitung, dass wir jetzt die gesamte Gebühreneinnahmengeschichte anschauen, decken die Gebühren annähernd den Aufwand decken. Was auch noch ansteht ist die strategische Leistungsüberprüfung.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es noch ein FIKO-Wort zum Aufgaben- und Finanzplan?

Anand Keshava, Präsident Finanzkommission: Wir haben den Aufgaben- und Finanzplan angeschaut und bedanken uns beim Gemeinderat und der ganzen Verwaltung für die Aufstellung. Und auch danke für die zusätzlichen Worte. Ich glaube das ist sehr hilfreich, dass das alle hier drin hören. Wir denken, die Annahme zu den Einnahmen und Ausgaben machen Sinn. Wenn man die Investitionen anschaut, dann kommen da schon viele Fragen auf. Es ist sehr ungenau. Grosse Beträge sind nicht den Projekten zugeordnet, also Beträge von 6-7 Mio. wo man nicht genau weiss was das genau ist. Auch grosse Fragen gibt es in Bezug zum Hochwasserschutz wo auch wieder ein sehr grosser Millionenbetrag ist und darum kann man eigentlich aus dem AFP selber nicht wirklich beurteilen wie jetzt die Schuldensituation sich entwickeln wird. Das man dies berücksichtigen muss und dass der Gemeinderat auch selber ein- sieht, dass das besser werden muss.

Kim Grab, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nimmt den Aufgaben- und Finanzplan zur Kenntnis und bedankt sich für die sorgfältige Zusammenstellung dieser wichtigen Unterlagen. Ein Blick auf die Finanzplanung offenbart, dass unsere Gemeinde vor grossen Herausforderungen steht. Besonders besorgniserregend ist die plante Steuererhöhung auf 114%. Wir sind der festen Überzeugung, dass es von grösster Bedeutung ist, dass man die finanzielle Belastung der Bürgerinnen und Bürger so lange wie möglich vermeidet und die Lebensqualität und die wirtschaftliche Stabilität in unserer Gemeinde sichert. Diese Aufgabe erfordert grossen Einsatz und einen verantwortungsvollen Umgang mit unseren finanziellen Mitteln.

Stefan Semela, FDP-Fraktion: Die FDP-Fraktion erachtet die Aussagekraft vom Aufgaben- und Finanzplan insbesondere die als Bugwelle bezeichnete Ziele, die sehr weit in Zukunft liegenden Jahre, als nicht sehr hoch. Es sind da Beträge eingestellt beispielsweise für Gebäudesanierungen wo nicht ganz klar ist auf welcher Basis diese Beträge im Investitionsplan eingestellt worden sind. Es wird da auch angeregt, dass bei geplanten Projekten im Investitionsplan angegeben wird ob es sich wahrscheinlich um auszuführenden Projekten oder nur reintheoretischen Projekte handelt. Peter Marten hat noch ein guter Ansatz aufgezeigt, dass wir allenfalls mit Wahrscheinlichkeiten diese Beträge entsprechend einstellen kann im Investitionsplan. Unser Ziel ist einfach, dass wir nicht solche Überraschungen erleben, wie wir es in vergangener Sitzung betreffend Sanierung Kirchweg West und Landschreiberstrasse erfahren haben wo es dann plötzlich eine Differenz von 3 Mio. gegeben hat zwischen dem Kreditantrag und dem Aufgaben- und Finanzplan und es eigentlich überhaupt nicht klar gewesen ist wie es zu dem kommen konnte. Uns geht es darum, dass man eine Rechtfertigung ablegt über die entsprechend eingestellten Beträge und diese auch periodisch überprüft ob sie noch stimmen oder allenfalls auch insbesondere aufgrund von Teuerungen, Bauteuerungen angepasst werden. Betreffend der im Aufgaben- und Finanzplan aufgeführten möglichen künftigen Steuerfusserhöhung ab 2027 welche ja politisch noch überhaupt nicht diskutiert worden ist, die ist zur Kenntnis genommen worden wie Peter Marten das ausgeführt hat, erachten wir von der FDP-Fraktion eine Steuerfusserhöhung einfach als Ultima Ratio. Vorgängig müssen alle möglichen Sparmassnahmen insbesondere auch Investitionen geprüft und nach Möglichkeit umgesetzt werden.

Ulrich Meier, Die Mitte-Fraktion: Auch wir haben den nachgeführten Aufgaben- und Finanzplan in der Fraktion besprochen und auch zur Kenntnis genommen. Ich möchte da aber speziell Peter Marten danken. Ich finde es sehr offen und sehr ehrlich wie du vorhin informiert hast und das ist für mich sehr nachvollziehbar gewesen. Es ist auch schon erwähnt worden, nach diesen beiden grossen Investitionen Schulhaus Goldiland und dem Hallen- und Gartenbad, bei dem ihr ja noch dran seid, zeigt dass langfristig die erwartenden Kosten für die Sanierung und Renovation der Liegenschaften und den Strassen jetzt anstehen. Da ist es so, dass eigentlich auch schon Einiges bekannt ist und Lukas Füglistner hat es vorhin auch gesagt. Es gibt Listen und da fehlt uns einfach etwas das Konzept. Das haben wir heute auch schon gehört ist auch erwähnt worden und mit dem Kredit den wir der Bau und Planung geben, sollte es auch dort besser werden. Wie bereits auch schon erwähnt worden ist, der Selbstfinanzierungsgrad der Zukunft sinkt, weil wir so ein grosses Investitionsvolumen haben und mehr Schulden

generieren, das haben die Vorredner auch schon gesagt, dass man das nicht mit einer Steuererhöhung machen sollte. Traditionsgemäss hat auch die Die Mitte-Fraktion die Eigenwirtschaftsbetriebe etwas detaillierter angeschaut und besprochen. Wir finden den kleinen Gebäuhenaustausch gut, denken aber für die Zukunft könnte man auch darüber diskutieren oder hätte man etwas Mut zeigen können, dass man zum Beispiel beim Abwasser eine höhere Reduktion festgelegt hätte. Was ihr noch nicht erwähnt habt und was noch etwas neu ist, es hat relativ viele offene Kreditabrechnungen, welche noch nicht verarbeitet worden sind und diese sollte man aktivieren und entsprechend abschreiben können.

Daniela Graubner, EVP-Fraktion: Wir alle kennen die Situation von Obersiggenthal und wir werden noch viel im Budget über Geld diskutieren. Niemand hat Freude an diesen Zahlen im Aufgaben- und Finanzplan und niemand ist glücklich über unseren Steuerfuss und einer allfälligen Erhöhung. Auch wenn wir am Ende vom Jahr besser dastehen als budgetiert, kommen immer wieder neue Aufgaben, wie eine Beschaffung eines TLF oder Erhöhung vom Stellenplan im Bereich Bau und Planung, auf uns zu. Grosse Fragezeichen haben wir bei der Renovation vom Hallen- und Gartenbad. Nehmen wirklich alle Verantwortlichen ihre Aufgaben wahr? Und überprüfen ihre Arbeiten und die damit verbundenen Kosten? Im Weiteren fehlt auch noch immer eine aussagenkräftige Strategie vom Gemeinderat, abgesehen vom Votum von Peter Marten, was wir jetzt gerade gehört haben mit ein paar Auflistungen. Wir fragen uns wieso die Massnahme aus dem Postulat von der FDP mit einer vertieften Prüfung von den Ausgaben- und der Einnahmenseite nicht stattgefunden hat. Auf den Punkt gebracht kann man sagen, wir haben sehr viele Investitionen. Die Verschuldung nimmt weiter zu, die Steuerentwicklung ist positiv. Der Steuerfuss von 110% ist auf Dauer nicht realistisch. Uns fehlt nach wie vor der Horizont wie wir die Schulden wieder abbauen wollen. Darum unsere Frage: Wie weiter?

Tomas Nezel, glp-Fraktion: Wir schliessen uns den Voten der FIKO an und auch von der FDP-Fraktion. Auch wir sehen eine erneute Steuerfusserhöhung als Ultima Ratio und hoffen, dass wir mit anderen Mitteln dies vermeiden können.

Mia Jenni, SP-Fraktion: Zuerst einmal wollen wir uns von der SP-Fraktion für die Ausarbeitung von diesem Aufgaben- und Finanzplan bedanken, das ist immer sehr viel Arbeit die hier rein fliesst. Wir wollen uns auch den Vorredner/innen anschliessen und auch Peter Marten. Zum nochmals betonen, der AFP ist ein Planungsinstrument und da sind auch Ausgaben drin festgehalten welche zum Teil nicht so eintreffen werden. Ob diese dann eintreffen mit dieser Gewichtung ist sehr spannend, ein Ansatz den wir weiterverfolgen könnten. Ich finde es darf kein Ansatz sein für Schwarzmalerei in dieser Gemeinde, vor allem nicht nach diesen Abschlüssen, die wir in den letzten paar Jahren gehabt haben. Es ist manchmal auch wie Glaskugeln lesen, wenn wir da schon bei der Halloweenreferenz bleiben wollen. Diese ist ja bereits schon morgen. Damit es aber bisschen weniger der Fall ist, dass es immer wieder Budgetexplosionen gibt, darüber haben ja einige vorhin geredet wie das Pumpwerk Aesch ist eines davon, aber klar ist, dass auch die bereits bestimmten Budgetposten auch periodisch kontrolliert und aktualisiert werden, dass wir auch in diesem Rat immer klar haben wo wir stehen. Die Baukostenexplosionen sind ein Thema spätestens seit dem Krieg in der Ukraine. Das grusligste in unseren Augen, wir sind immer noch beim Halloween, ist auch die prognostizierte Steuerfusserhöhung. Wir verstehen aber natürlich die Überlegungen dahinter und finden es auch sehr gut, dass klar kommuniziert worden ist es ist Ultima Ratio und auch dass Massnahmen angedacht sind, die haben wir ja auch schon länger her mal besprochen mit einer Antwort auf dem Postulat von der FDP-Fraktion selber. Wir finden einfach jedes Mal wichtig, wir als Gemeinde sind nicht eine Insel. Wir als Gemeinde sind Teil von einem grösseren Verbund und wir sind uns in diesem Rat immer wieder über diese Steuererhöhung am ereifern und finden auch diese 114% das ist eigentlich nicht etwas, was wir mittragen können. Gleichzeitig sind es die gleichen Parteien also FDP, Mitte und SVP manchmal auch glp die in einem kantonalen Parlament Steuererleichterungen zustimmen von grossem Einkommen und Vermögen. Wir reden da von den Steuergesetzrevisionen die kommen werden in den nächsten 2 Jahren. Das werden wir alle spüren in ihrem Portemonnaie und das ist etwas wo ihr auf eure kantonalen Vertreter/innen zugehen müssen und aufzeigen wie wir als Gemeinde immer wieder unser Geld zusammen

ramassieren und verschiedenste Massnahmen ergreifen damit das nicht alle betrifft. Deshalb sind wir uns sicher, dass das nicht die letzten Worte gewesen sind wo über Ausgaben oder Einkommen gesprochen werden. Wir nehmen den AFP als Fraktion zur Kenntnis.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Eine kleine Anmerkung, danke Mia Jenni für die Steilvorlage Richtung SVP-Fraktion, ich gebe es gerne zurück. Geld im Überfluss haben wir nicht, das haben wir jetzt gesehen. Danke Peter Marten für das Erstellen von diesem AFP. Diese 114%, da haben wir eine Hausnummer, ich will gar nicht wissen wo wir stehen würden, wenn diese Verschuldung so eingetroffen wäre, wie sie 2021 oder auch 2022 geplant gewesen ist. Ich möchte einfach alle Ratsmitglieder auffordern und etwas beliebt machen, kritisch zu sein, das Budget sieht nicht gut aus. CHF 800'000 minus finde ich persönlich nicht unbedingt sexy. Man hat vorhin über glaube ich CHF 158'000 abgestimmt welche nicht im Budget gewesen sind und jetzt noch on top obendrauf kommt. Ultima Ratio sagen ist eines, aber nachher auch dazu stehen und sagen jetzt müssen wir Einhaltung bieten, diese Ausgaben können nicht so weitergehen, ist dann das andere. Ich bin sehr gespannt auf die Budgetdebatte.

Peter Stucki, Vizeammann: Verantwortlich für die Infrastruktur in unserer Gemeinde, möchte ich ihnen in Erinnerung rufen was wir haben. Wir haben in verschiedensten Ortsteilen Schulhäuser, wir haben Kindergärten, Liegenschaften im Wert von ca. 130 Mio. Wir haben ca. 48 Kilometer Wasserleitungen, eine hält etwa 70 bis 80 Jahre. Wir haben Kanalisationen die wir längerfristig haben, die per Dekret vom Kanton bestimmt werden, das ist ähnlich viel wie die Wasserleitungen. Diese Infrastrukturen müssen unterhalten werden. Sind sie sich einfach bewusst, die Gemeinde besitzt Vieles aber wir müssen es unterhalten. Wir haben heute schon Rückstände in verschiedenen Bereichen finanzieller Natur. Sollten wir irgendwann Geldsegen erleben, bräuchten wir noch Menschen welche diese Rückstände aufholen können. Also Ingenieure, im Büro aber auch in der Verwaltung Leute, die solche Projekte anreissen und überhaupt begleiten können. Wenn Sie meinen, wir können das alles gratis haben oder billiger, machen Sie bitte Vorschläge.

Peter Marten, Gemeinderat: Nur noch wegen den Kreditabrechnungen, es ist vorgesehen, dass wir im Dezember, 4 oder 5 Kreditabrechnungen bringen, diese sind jetzt schon bei der FIKO. Jetzt hängt es vom Prüfungsprozess ab, ob das durch mag bis dann. Unser Ziel ist es, dass wir nächstes Jahr an jeder Einwohnerratssitzung Kreditabrechnungen bringen, dass wir bis Ende nächsten Jahres, diese Altlasten bereinigt haben. Das haben wir so besprochen, es ist ambitiös aber wird schon gehen.

David Wick, glp-Fraktion: Doch noch schnell eine Frage. Wir alle kennen unserer Gemeinde und unsere Herausforderungen. Wir wissen jetzt auch, dass es 48 Kilometer Wasserleitungen hat. Ich habe eine Frage an den blauäugigen Finanzminister, ich glaube man darf das sagen. Ich sehe es nicht ganz ein. Du hast sehr schön hergeleitet, dass der AFP Ungenauigkeiten hat, das kann in beide Richtungen gehen. Ich glaube auf 5 Jahre heraus ist es einigermaßen zuverlässig, nachher nicht mehr. In 5 Jahren gibt es gewisse Wahrscheinlichkeiten von Abweichungen. Wir haben jetzt relativ gute Steuerabschlüsse gehabt. Die Jahresabschlüsse fallen schon etwas ins Gewicht aber die Tendenz ist ganz klar von der Steuerentwicklung. Es hat sich gezeigt, die Kurve ist einfach nach oben verlegt, es zeigt nach oben. Hat der Gemeinderat effektiv den Glauben, dass diese Steuererhöhung möglicherweise nicht nötig sein wird in den nächsten 2 Jahren, dass wir das so, mit dieser Ausgangslage, schaffen mit diesem Budget und den Sachen die noch auftauchen, dass das nicht nötig sein wird oder ist das eine reine Wahrscheinlichkeitsrechnung im 1-stelligen Prozentbereich?

Peter Marten, Gemeinderat: In der Finanzplanung versuche ich relativ wenig mit Glauben zu schaffen, einfach mal so als Grundbemerkung. Wenn wir es nicht schaffen bei den Investitionen, wenn wir es nicht schaffen Mehreinnahmen zu machen, wenn wir vor allem nicht schaffen auch Kostenseitig etwas zu machen, wenn der Trend so weitergeht wie er sich jetzt zeigt, ist die Chance gross, dass so eine Steuerfusserhöhung kommen wird. Ich glaube auch nicht, dass eine Steuerfusserhöhung, wenn sie so kommen müsste, ein Spaziergang gibt. Es ist in

Obersiggenthal noch nie ein Spaziergang gewesen. Es ist ein Weg den wir nicht gehen wollen. Wir wollen zuerst alles andere probieren und dann wissen wir mehr, ob es das braucht oder nicht. Im Moment ist es etwas, das wir nicht wollen aber wenn wir es nicht gezeigt hätten, dass das passieren könnte, wäre es uns um die Ohren geschlagen worden. Dann wäre dein Ausdruck "blauäugig" wahrscheinlich anders gemeint gewesen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Aufgaben- und Finanzplan 2025 – 2029 wurde zur Kenntnis genommen.

8 2024/13 Budget 2025

Eintreten nicht bestritten

Mara Jenni, Präsidentin: Dominique Issa musste nach Hause gehen darum sind wir jetzt wie am Anfang 37 vereidigte Einwohnerräte/innen und das absolute Mehr liegt bei 19. Ich bitte den zuständigen Gemeinderat Stellung zu nehmen.

Peter Marten, Gemeinderat: Im Jahr 2023 hatten wir einen Ertragsüberschuss von CHF 1,6 Millionen und eine Nettoverschuldung von CHF 16,8 Millionen. Im Jahr 2024, haben wir einen Aufwandsüberschuss von CHF 323'000 prognostiziert.

Wo stehen wir jetzt? Aktuell ist es so, dass wir bei der letzten Steuerhochrechnung, waren wir irgendwo im Bereich CHF 150'000 – 200'000 über dem was wir eigentlich haben sollten. Wir haben bei den Steuern einen gewissen Vorsprung, das ist nicht dramatisch, man kann auch nichts draus lesen, es gibt keine Anzeichen dafür, dass man jetzt hier einen dramatischen Anstieg hätte oder das es bis Ende Jahr plötzlich eine halbe Million oder eine $\frac{3}{4}$ Million mehr ist. Ich denke eher, dass wir in diesem Bereich bleiben werden. Das heisst, dass wir im Jahr 2024 mit einer schwarzen Null aus dem Jahr gehen können also ohne einen Aufwandsüberschuss.

Wir haben ein operatives Ergebnis, in welchem wir CHF -799'000 ausweisen, wie bereits erwähnt. Der separate Antrag von dieser Stellenplanerhöhung Bau und Planung ist hier nicht drin in diesen CHF -799'000 das käme also on top. Was kann man dazu sagen? Einfach gesagt, der Rückenwind ist weg. Wir hatten Rückenwind in den letzten 2-3 Jahren, den spüren wir nicht mehr. Die positiven Sonderfaktoren fehlen, die externe Kostensteigerung mit der wir konfrontiert sind, schlagen voll durch. Sind wir glücklich mit diesem Resultat? Nein. Sind wir überrascht von diesem Resultat? Ein Stück weit schon. In unseren Überlegungen sind wir nicht davon ausgegangen, dass wir so ein starkes Minus zeigen müssen. Wir kennen aber Gründe und beurteilen das zum Teil etwas anders als das was jetzt in der Presse gestanden ist. Nochmals wir sind nicht happy, aber wir kennen die Gründe weshalb das so ist.

Wo fliesst das Geld hin? Das ist eine Statistik die wir auch jedes Mal zeigen. Der grösste Teil 35% fliesst in die Bildung, 20% in die soziale Sicherheit, das sind die beiden Haupttritter wo das Geld eingesetzt wird. In der Verwaltung macht es 13% aus.

Bei den Steuern ist es so, dass wir jetzt Steuern eingesetzt haben, allgemeine Gemeindesteuern von CHF 28.479 Mio. Wir haben im 2024 CHF 27.5 Mio. budgetiert gehabt. Wenn es so bleiben würde, wären wir Ende Jahr in einen realistischen Bereich von CHF 27.7 Mio. Wir bekommen vom Kanton Indikatoren. Die haben dieses Jahr geheissen: natürliche Personen +3% und

juristische Personen -6% und das gibt gesamthaft etwa -2.2%. Wir haben angeschaut was das für uns als Gemeinde heisst. Wir haben gesagt, aufgrund von unseren Erfahrungen sind wir etwas vorsichtiger was die natürlichen Personen betrifft und haben mit nur 2.5% gerechnet. Die juristischen Personen haben wir stabil eingesetzt also kein Minus von 6%. Das haben wir so stehen gelassen da es die Erfahrungswerte sind, die wir haben. Wir haben hier keine Reserven eingebaut. Wir haben das im Budgetprozess das zweite Mal gegen rauf korrigiert. Ich glaube, hier sind wir im Langfristvergleich, was unten blau und oben schmal aussieht, das sind die Sondersteuern. Die sind dann eigentlich Grosso modo irgendwo im Bereich einer Million relativ konstant, es hat schon auch Schwankungen drin, das sieht man. Bei den Gemeindesteuern sieht man es relativ gut, dass das Jahr 2022 eher einen Ausreisser nach oben gewesen ist anstatt des Beginnes einer neuen Ära. Wir sind also wieder retour Richtung CHF 27.5 Mio. jetzt CHF 28.4 Mio. Ich glaube das ist jetzt kurzfristig ein kurzer Ausreisser gewesen.

Was sind die Kostentreiber? Die Kostentreiber, mit welchen wir uns herumschlagen, ist der Kostenanteil KESD CHF +140'000. Können wir es beeinflussen? Nein. Planmässige Abschreibungen Hochbauten ist der Haupttreiber das neue Schulhaus Goldiland das bezogen ist. Die Kinder sind in der Schule drin, also fängt jetzt auch die Abschreibung an. Das ist der grösste Teil. Können wir das beeinflussen? Ja, ist logisch, wenn wir investieren gehört das hinzu, das vergisst man manchmal. Defizitbeitrag Hallen- und Gartenbad sind wir CHF 24'000 höher als wir es in diesem Jahr gewesen sind im Budget. Wir sind jetzt da in einem Bereich von CHF 847'000. Es ist deutlich höher als wir Zahlen im Kopf haben von früher wo das irgendwie zwischen CHF 360'000 und CHF 450'000 gewesen sind. Der Haupttreiber ist hier natürlich auch klar. Wir können das Bad nicht gleich betreiben wie wenn kein Bagger und nichts dort steht. Man hat einmal angestrebt gehabt, dass man immer Wasser zur Verfügung stellen kann. Peter Stucki hat das am Anfang erklärt, dass das jetzt während 2 Monaten nicht geklappt hat. Das schlägt natürlich durch, dass man gewisse Sachen nicht gleich durchführen kann und gleiche Frequenzen hat und, und und. Wenn das Schwimmbad fertig saniert ist, sollten wir oder müssen wir aber wieder auf eine Grösse zurückkommen die vernünftig ist. Diese müsste deutlich tiefer sein als dort wo wir jetzt sind. Die Beiträge an den Kanton der Pflegefinanzierung ist rund CHF 400'000 mehr. Ja, man hätte das Budget noch etwas schöner zeigen können. Statt CHF 400'000 mehr hätte man jetzt einfach CHF 200'000 mehr, sieht etwas besser aus. Wir denken es ist ehrlicher, wenn wir das zeigen aufgrund der letzten Rechnungen. Ich zeige nachher noch Zahlen dazu. Spitex, die uns in den letzten Jahren tendenziell etwas Rückenwind gegeben hat, ist jetzt auch wieder CHF 60'000 höher und Unterhalt Hochbau fällt auch CHF 71'000 höher aus.

Wenn man den Unterhalt der Hochbauten noch etwas detaillierter anschaut. Es ist erstaunlich im Jahr 2016 hat man es noch geschafft, CHF 400'000 einzusetzen. Ich werte das nicht, wir sind recht angestiegen im Jahr 2024. Wir dachten wir wollen das weiterbehalten im Jahr 2025, weil wir sehen, was wir noch machen müssen. Was wir aber nicht vergessen sollte, auch Hauswarte arbeiten für diese Liegenschaften. Es gibt auch einen Verpflichtungskredit, indem man wieder Sachen anschafft. Es sind nicht nur die knapp CHF 900'000 die wir in die Liegenschaften investieren. Wir haben das also bewusst so stehen gelassen, weil wir denken, dass man hier auch etwas machen muss. Bei der Pflegefinanzierung, da habe ich die Antwort nicht, wie ich damit umgehen sollte, wenn im Jahr 2021 das CHF 1.5 Mio. sind und jetzt sind es CHF 2.3 Mio. Man hat dann lockerflockig das Gefühl, man könne CHF 800'000 herausschneiden aus unseren Kosten. Auch hier bin ich immer dankbar für Inputs. Das sind einfach auch das will ich auch nicht heranziehen aber es ist die Realität welche man zeigen und darauf aufmerksam machen muss. Wir denken, dass wir im Jahr 2021 so tief gewesen sind, dass das höchstwahrscheinlich noch einen Corona Zusammenhang hatte, dass diese Leute zuhause bis zum geht nicht mehr blieben.

Die Ergebnisse der Spezialfinanzierungen. Wir haben beim Wasser einen Ertragsüberschuss von CHF 278'000, ich habe euch aber gesagt hier aufpassen denn es kommt eine grössere Investition mit dieser Ertüchtigung vom Pumpwerk Aesch im Dezember. Beim Abwasser haben wir einen Ertragsüberschuss von CHF 40'000 und beim Abfall haben wir einen Aufwandüberschuss von CHF 8'700. Beim Abfall, das habe ich gesagt beim Postulat, wollen wir ein paar

kleinere Geschichten machen bei der dezentralen Sammelstelle, da haben wir einen Betrag eingesetzt. Es gibt einen Gebührentausch. Wasser war bisher CHF 2 pro Kubikmeter neu CHF 2.30 und auf der anderen Seite beim Abwasser gehen wir runter von CHF 2.10 auf CHF 1.80. Beim Abfall gibt es keine Gebührenanpassung, trotz der geplanten Investitionen. Wenn denn diese Sanierung kommt, haben wir dort auch gewisses Geld von der Kasse. Was man aber auch klar sagen muss, wenn diese Investition nicht kommt, also wenn das gestrichen werden würde, dass man dort nichts machen würde, dann müssen wir nächstes Mal sicher diskutieren, dass man die Gebühren herunternehmen müssen beim Abfall.

Was haben wir gemacht? Beim Gebührenabtausch haben wir dem Preisüberwacher vorgelegt. Der Preisüberwacher hat hier beim Wasser ein i.O. gegeben. Er hat einen Verzicht gemacht auf eine formelle Empfehlung. Beim Abwasser hatte er eine Empfehlung gleichzeitig abgegeben, also einerseits das i.O. gegeben und hat gesagt, wir sollten mal schauen, das Grundgebührenmodell einmal zu überprüfen wie die Grundgebühren oder auch die Regenwassergebühr. Der Gemeinderat hat dem zugestimmt, dass man das machen will und deswegen wollen wir die Wasserkommission beauftragen, dass sie sich da mal Gedanken macht und auch einen Vergleich macht mit anderen Modellen und mit einem Vorschlag auf den Gemeinderat zugeht. Es ist aber durch den Preisüberwacher durch.

Dann möchte ich jetzt schon platzieren, ich weiss es ist unschön Lukas Füglistner, aber es ist der Zeit geschuldet. Der Gemeinderat möchte bei der Abfallwirtschaft eine Position aufnehmen. CHF 40'000 Honorar externer Berater für das Projekt der externen Hauptsammelstelle. Wir wollen das bewusst jetzt machen, wir wollen nicht jetzt schon ein Projekt ausarbeiten das dann abgeschossen wird und dann ist das Geld ausgegeben. Das ist eigentlich der Gradmesser ob wir da etwas machen möchte. Ich denke so kann man das relativ einfach machen. Das habe ich übrigens auch bereits angekündigt gehabt an der Fraktionspräsidienkonferenz.

Dann weiter zu den Anträgen der FIKO. Der Gemeinderat ist einverstanden mit den FIKO-Anträgen, Hochbau der Bibliothek. Dort ist von der FIKO beantragt, man sollte den Betrag von CHF 20'000 auf CHF 5'000 reduzieren wegen der Datenleitung. Der Fahrradunterstand der Lehrer kann der Gemeinderat auch gut damit leben mit dem Antrag der FIKO, dass man diese CHF 89'400 streicht, zurückzieht und nochmals ein Projekt überarbeitet. Defizit Hallen- und Gartenbad wird die FIKO anregen, dass man das um CHF 24'000 reduzieren sollte, damit kann der Gemeinderat auch leben. Etwas, was der Gemeinderat dediziert anderer Meinung ist, wir stehen hinter dieser Lohnerhöhung wie beantragt. Das sehen wir anders aber da kommen wir nachher noch darauf, es wurde schon mehrfach diskutiert im Rat, also nicht nur zweimal, das war so gewesen. Der Gemeinderat hält an dem fest und ich denke das ist der Moment wo der Rat nochmals über das entscheiden kann genau gleich wie die Hilfe im Ausland, dort werden wir auch daran festhalten. Wir haben im Vorfeld mit der FIKO diskutiert ob dort wo wir einverstanden sind überhaupt Anträge gestellt werden müssen. Wir sind der Meinung, dass es nicht mehr als konsequent ist, wenn sie diese Anträge auch stellen, selbst wenn wir einverstanden sind. Der Einwohnerrat kann rein theoretisch noch eine andere Meinung haben. Ich wollte nur transparent sein und zeigen wo kommen wir gut mit den Anträgen aus und wo werden wir eine andere Meinung haben, dass ihr das bereits am Anfang gehört habt.

Anand Keshava, Präsident FIKO: Durch das Defizit von rund knapp 2 Mio. sind wir nicht erfreut gewesen. Einerseits weil wir wissen, dass die Steuererträge nach wie vor am Sprudeln sind. Man konnte auch die Kosten erhöhen ohne jetzt einen Aufwandüberschuss zu generieren. Man hat auch von diversen anderen Gemeinden gehört, dass die es schaffen ein ausgeglichenes Budget zu präsentieren obwohl diese auch neue Schulen bauen und Schwimmbäder haben etc. Es ist allerdings auch so, dass viele von diesen Ausgaben kurzfristig nicht beeinflussbar sind und es gibt auch einen gewissen Nachholbedarf. Zudem sind viele Positionen eher grosszügig budgetiert und wir hoffen, dass die effektiven Ausgaben etwas tiefer ausfallen. Wir fordern ja schon seit Jahren eine strategische Leistungsprüfung mit Fokus auf die Kosten und Einnahmen, ist hier im Saal auch versprochen worden, ist aber nie gemacht worden und wir fragen uns jetzt ob diese noch stattfinden wird. Oft stützt sich der Gemeinderat auf den Standpunkt, dass die Einnahmen und Ausgaben nicht beeinflussbar sind. Wir sind aber

der Meinung, dass man mit einer mittelfristigen und vor allem langfristigen Planungen sehr wohl Einfluss nehmen kann. Das sieht man, wie gesagt auf anderen Gemeinden, dort läuft es besser. Wir haben einige Anträge gestellt, damit man das Budget zumindest ein bisschen entlasten kann und bitten um eure Zustimmung.

Christian Blum, FDP-Fraktion: Gleich mal vorne weg, die FDP-Fraktion genehmigt das Budget und den Stellenplan 2025 vorbehaltlich der Anträge der Finanzkommission. Wie die Finanzkommission hält die FDP-Fraktion eine Lohnerhöhung von 1.4% für ausreichend um die Inflation zu kompensieren. Seit der Erstellung des Budgets sind ein paar Monate vergangen und das Abflachen der Inflation hat sich in dieser Zeit bestätigt. Die Verbilligung des Netwerkan schlusses der Bibliothek, die Streichung des Fahrradunterstandes ebenso das Defizits für das Hallen- und Gartenbad wurde vom Gemeinderat bereits akzeptiert und muss so nicht mehr weiter besprochen werden. Bei den Hilfsaktionen hat die FDP-Fraktion Stimmfreigabe beschlossen. Der zweite Anhänger für das Notstromaggregat ist unabdingbar, wie Christian Buser ausführlich dargelegt hat. Nachdenklich gestimmt hat die FDP-Fraktion, dass die Verschuldung pro Einwohner auf CHF 2'650 steigt, den höchsten Wert in den letzten 10 Jahren. Die Gemeinde hat 3 Jahre hinter sich die finanziell besser gelaufen sind als erwartet und darin helfen die Auswirkungen der grossen Investitionen Schulhaus Goldiland und das Hallen- und Gartenbad abzufedern. Ein magisches grosses Plus wird bei der Rechnung 2024 jedoch nicht mehr erwartet. Wir müssen uns darauf einstellen die nächsten Jahre jeden Franken drei Mal statt zwei Mal umzudrehen und harte Entscheide zu fällen um eine Erhöhung des Steuerfusses zu vermeiden der für den Finanzplan schon an die Wand gemalt ist. Die FDP-Fraktion bedankt sich bei der Abteilung Finanzen, beim Gemeinderat und der Finanzkommission für das sorgfältige Erarbeitung vom Budget 2025. Wir schätzen auch das neue Timing für die Budgetierung.

Ulrich Meier, Die Mitte-Fraktion: Die Mitte-Fraktion hat den Budgetvorschlag vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und möchte sich bei allen Beteiligten für den grossen Einsatz bedanken. Auch wir hätten gerne zumindest ein ausgeglichenes Budget gehabt aber aufgrund von den stetig wachsenden, mehrheitlich wie vorhin schon erwähnt nicht beeinflussbaren Ausgaben, ist das fast nicht möglich. Wir sind aber schon der Ansicht, dass auf der Einnahmenseite etwas mehr gemacht werden kann und dort auch ein Potenzial vorhanden ist. Peter Marten hat das vorhin auch schon schön erklärt mit den Steuereinnahmen. Mit den Erklärungen zum Beispiel auch bei den juristischen Personen, bei welchen der Kanton von einem Minus ausgeht. Peter Marten hat schön erklärt, dass man auf 0 geht. Man hätte dort auch hoffen können, dass vielleicht auch neue juristische Personen Steuern zahlen würden, vielleicht hat er das auch gemeint damit. Einfach etwas Mut in diesem Bereich würde es auch noch vertragen. Den Kürzungsanträgen der FIKO werden wir mehrheitlich folgen. Wir sind gespannt auf die weiteren Diskussionen und geben bei den Einzel-Voten gerne noch Bemerkungen an.

Daniela Graubner, EVP-Fraktion: Die EVP-Fraktion bedankt sich herzlich bei Bernhard Wehrli und seinem Team für die übersichtlichen und klar strukturierten Unterlagen zum Budget. Das Budget 2024 wird mit einem Steuerfuss von 110% geplant. Der Trend von den weiteren Jahren läuft in Richtung Verschuldung. Es gibt keine Euphorie für grosszügige Ausgaben wie jetzt. Die Erwartung der EVP-Fraktion für das Budget 2025 ist klar eine schwarze 0. Die Steuereinnahmen sind eine halbe Million höher als die Prognose 2024. Wie gehört, können wir aber auch viele Ausgaben gar nicht beeinflussen, wie die 2 hohen Posten, Abschreibungen auf Investitionen oder gestiegene Beiträge an Kanton für die Pflegefinanzierung. Wir unterstützen deshalb mehrheitlich die Anträge der FIKO und werden dem Budget zustimmen.

Tomas Nezel, glp-Fraktion: Wir danken Peter Marten und allen Beteiligten für die Erstellung vom Budget und wir werden allen Anträgen der FIKO folgen.

Mia Jenni, SP-Fraktion: Ich freue mich immer aufzustehen und ein etwas anderes Votum zu halten bei Budgetdebatten. Uns Linken wird ja immer oft gesagt, dass wir Pessimist/innen sind und Spielverderber/innen weil wir bei uns zwischen Blick und weitgehenden Blicken das Budget besprochen haben und der AFP natürlich. Mit Blick auf die vergangenen Jahren und

den Rechnungsabschlüssen die wir jeweils gehabt haben, finden wir das vorliegende Budget als einigermaßen ausgeglichen und das auch vor dem Hintergrund der folgenden drei Punkte: Erstens wissen wir alle in diesem Saal, dass das Geld in der Gemeinde nicht verprasst wird und es hat auch jemand schon vorhin angedeutet, wir wissen dass das auch sparsam ausgegeben wird und das oft dann auch das Budget über der Rechnung liegt. An dieser Stelle ein grosses Dankeschön an alle Personen die in diesem Budgetprozess involviert waren und in diesem Prozess auch immer wieder Sachen herausgestrichen haben. Allen Abteilungen der Verwaltung, dem Gemeinderat aber auch der FIKO möchte ich an dieser Stelle sehr stark danken für diese Arbeit. Zweitens wissen wir ebenfalls alle in diesem Saal, dass ein grosser Teil gebundene Kosten sind und dass wir da nicht viel machen können. Der Kanton könnte mehr machen aber das ist dann wieder eine andere Diskussion. In diesem Budget werden auch Ausgaben angefasst, die schon lange getätigt werden sollten und wir finden das sehr gut, dass diese Ausgaben angegangen werden. Wir werden aber den Kürzungsanträgen der FIKO nicht zustimmen.

Sandra Hehli, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion bedankt sich bei allen Verwaltungsabteilungen, vor allem Bernhard Wehrli und seinem Team und dem Gemeinderat für die Zusammenstellung vom Budget 2025. Ebenso wollen wir uns bei der FIKO für die aufwendige Arbeit und vor allem für den kritischen FIKO-Blick bedanken. Einmal mehr sind wir enttäuscht vom Budget mit einem Defizit von knapp CHF 800'000. Ein ausgeglichenes Budget ohne Defizit hätten wir uns gewünscht. Die Verschuldung nimmt immer mehr zu und gewisse Ausgaben können wir uns kaum mehr leisten. Die hohen Investitionskosten führen uns in eine schwierige Finanzlage und eine Steuerfusserhöhung wird leider unumgänglich sein, wenn es so weiter geht. Uns ist bewusst, dass wir Fixkosten haben, die wir nicht oder wenig beeinflussen können. Wie die erstmalige Abschreibung für das neue Schulhaus und höhere Beiträge an den Kanton für die Pflegefinanzierung. Besorgniserregend ist auch das immer höhere Defizit vom Hallen- und Gartenbad. Wir würden uns wünschen, dass der Gemeinderat hier mehr Einflussmöglichkeiten hat und wir nicht einfach von Jahr zu Jahr das immer grössere Defizit ohne wenn und aber schlucken müssen. Es ist ein Fass ohne Boden. Erfreut sind wir natürlich darüber, dass wir mit höheren Steuereinnahmen rechnen können. Wir hoffen es doch zumindest. Zudem sind wir enttäuscht, wie letztes Jahr auch, dass wiederum keine Kreditabrechnungsprüfung vorliegt bis jetzt. Peter Marten hat es ja erwähnt, es sollten noch etwa 4 bis 5 kommen. Wir erwarten für das Jahr 2025 einen konkreten Plan wie diese Kreditabrechnungen abgearbeitet werden und dass abgeschlossene Kreditabrechnungen, die aber noch nicht abgerechnet worden sind, in den Abschreibungsprozess aufgenommen werden sowie es uns der Gemeinderat auch mitgeteilt hat. Die SVP-Fraktion wird diesem Budget trotzdem mehrheitlich zustimmen. Zudem stimmt die SVP-Fraktion mehrheitlich allen Streichungsanträgen der FIKO zum Budget 2025 zu.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann sind wir durch mit den Fraktionsvoten. Gibt es noch Einzelvoten zum allgemeinen Budget?

Esther Reimann, Die Mitte-Fraktion: Jetzt würde ich natürlich beantragen, dass wir für das Postulat vom Open-Sunday, welches ja jetzt überwiesen ist, auch budgetieren würden. Ich weiss nicht zu welchem Zeitpunkt man das einbringen muss und wo und wie man darüber abstimmen würde?

Mara Jenni, Präsidentin: Es bräuchte natürlich einen Budgetantrag in diesem Sinn. Ich kann das so formell nicht durchgehen lassen, weil ich einen eingereichten Antrag dafür bräuchte.

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Ein Postulat ist ein Postulat. Das muss zuerst bearbeitet werden, danach muss wieder Antwort gegeben werden und erst dann kann man darüber abstimmen ob wir das annehmen wollen oder nicht. Wir haben erst ein Postulat überwiesen. Das heisst nicht, dass wir gesagt haben, wir wollen das, sondern wir wollen, dass das Postulat vom Gemeinderat bearbeitet wird.

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Vielleicht auch noch ganz kurz dazu. Ich meine ihr nehmt das auch schon vorgängig für die Sammelstelle vorweg. Ich habe schonmal etwas formuliert für

Esther Reimann zum einen Punkt für später. Wenn wir so weit sind, würde ich diesen einreichen. Insofern vorweggenommen, wenn wir das Postulat innerhalb von 6 Monaten bearbeitet und beantwortet und eine Umsetzung dann allenfalls schon im Jahr 2025 käme, wäre es gut hätten wir einen Budgetposten. Alles was wir in das Budget eingeben muss nicht heissen, dass es unbedingt umgesetzt werden muss.

Peter Marten, Gemeinderat: Also von mir aus gesehen kann man das machen. Es ist in diesem Sinn eine zweckgebundene Ausgabe, also man weiss es ist für OpenSunday und wenn OpenSunday bewilligt werden würde, mal angenommen im Juni wird das bewilligt und man sagt der Start ist im Herbst, ist es so. Wenn wir es nicht drin haben im Budget haben wir streng genommen kein Geld. Darum kann man jetzt eigentlich einen Betrag einsetzen der nur verwendet werden würde, wenn es bewilligt wird. Wenn es nicht bewilligt wird, verfällt der Betrag und man kann diesen auch nicht anders einsetzen. Also ist diese vom Prozess her die Konsequenz. Dann würde ich vorschlagen, dass man bei der Broschüre Seite für Seite durchgeht und wenn man bei der richtigen Seite ist, beim Sport ist sicher nicht schlecht, dann wirklich auch einen Antrag stellen mit Betrag x und dass man diesen dann reinnimmt. Wie wir alle wissen, sollte das reichen.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich habe es aber trotzdem gerne in Papierform mit den richtigen Kontennummern damit es parat ist, damit ich es dann auch gut vorlesen kann.

David Wick, glp-Fraktion: Noch schnell ein Vorschlag für die Optimierung. Diese Vorschläge für die der Gemeinderat bereit ist zum Zurücknehmen, müssen wir diese wirklich nochmals diskutieren oder könnte man den Antrag stellen?

Mara Jenni, Präsidentin: Ich würde fragen ob es noch Fraktions- oder Einzelvoten gibt und wenn es keine gibt, werden wir trotzdem einzeln darüber abstimmen. Denn es ist eine Demokratie, politisch gesehen, der saubere Prozess. Dann kämen wir jetzt zu den Einzelpositionen, ich möchte, dass ihr allfällige Fragen, Bemerkungen oder Anträge an die jeweiligen Konten vordringen würden. Ich nehme an, wir starten bereits mit einem Antrag bevor wir überhaupt zu einem Punkt kommen.

Es geht hier um die Löhne vom Verwaltungs- und Betriebspersonal, dass es bei der Lohnerhöhung nur um 1.4% anstatt 1.8% heraufgeht. Die Begründung: Aus Sicht der FIKO ist die geplante Lohnerhöhung zu hoch. Die Inflationserwartung für 2025 beträgt 0.7% (Quelle SEKO) somit kann die Inflation mit den vorgeschlagenen 1.4% mehr als ausgeglichen werden. Zu beachten ist auch, dass bereits letztes Jahr eine überdurchschnittliche Lohnerhöhung von 2.4% gewährt und zudem eine Mobilitätsprämie von CHF 300 pro Mitarbeiter*in eingeführt wurde. Dies bei einer erwarteten Inflation von 1.2% für das Jahr 2024 (Quelle SEKO). Die FIKO möchte festhalten, dass die gute Arbeit des Verwaltungspersonals angemessen honoriert werden soll, die Erwartungen des Gemeinderats aber zu hoch sind.

Gibt es hier eine Stellungnahme vom Gemeinderat dazu?

Bettina Lutz-Güttler, Gemeindeammann: Wie ihr schon gehört habt, der Gemeinderat hält an seinem Standpunkt fest. Ich möchte dafür verweisen auf §42 vom Personalreglement, welches der Einwohnerrat genehmigt hat. Dort heisst es, dass der Gemeinderat im Rahmen vom Budget von der Gemeinde, die für die Gehälter notwendigen Mittel beantragt. Unter anderem sind nachfolgende Kriterien dabei massgebend. Erstens: die Entwicklung der Lebenshaltungskosten gemäss Landesindex, das ist die Teuerung. Zweitens: Die allgemeine wirtschaftliche Situation. Das dritte: Die finanzielle Situation der Einwohnergemeinde die zugegebenermassen nicht so prickelnd ist. Das vierte: Die Situation auf dem regionalen Arbeitsmarkt. Das sind Kriterien die der Gemeinderat in seinem Antrag berücksichtigen muss. Der Gemeinderat hat sich bei der Budgetierung, wir haben es vorhin schon gehört, im Mai dazu durchringen müssen, was für eine Lohnsummenerhöhung er beantragen möchte. Wir sind zum Schluss gekommen, dass wir die Löhne um 1.4% anheben möchten, zuzüglich einem Anteil von 0.4% für

strukturelle Anpassungen. Dafür haben wir vor allem auf die zu diesem Zeitpunkt ausgewiesene Teuerung abgestept. Ausserdem bitte ich in Erwägung zu ziehen, dass die Krankenkassenprämien wieder steigen werden, die sind nämlich im LIK ebenfalls nicht enthalten. Der Arbeitsmarkt für Gemeindegestellte ist im Moment ein Arbeitnehmer-Markt. Das heisst, die Nachfrage nach qualifiziertem Gemeindepersonal ist grösser, als es der Markt hergibt. Headhunter haben ebenfalls Hochkonjunktur. Da spielt auch hinein, dass man langjährige, erfahrende Mitarbeitende gerne behalten möchte aber auch Leute, die nach der Lehre bei uns gestartet haben und diese wollen wir Lohnmässig entwickeln, möchten wir unterstützen können, sonst sind sie nämlich bald wieder weg. Im Grundsatz möchte auch der Gemeinderat mit der Finanzkommission zusammensitzen und sich darüber unterhalten, welches genau der massgebende Zeitpunkt ist. Wie gesagt, wir haben abgestellt auf Zahlen vom Mai und jetzt sind wir mittlerweile im Oktober, die Zahlen haben sich geändert. Stellt sich die Frage, wie sich denn jetzt die FIKO positionieren würde. Es ist nicht wirklich eine Frage, es ist mehr rhetorisch gemeint, wenn jetzt die Teuerung hinauf ginge und ich weiss nicht was für einen Betrag wäre. Das sind grundsätzliche Fragen, mit denen man sich einmal auseinandersetzen muss. Wie gesagt, der Gemeinderat haltet an seinem Antrag fest.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es zu diesem Antrag der Finanzkommission noch Fraktions- oder Einzelvoten?

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Ich habe einen Gegenantrag. Letztes Jahr war die Lohnerhöhung 2,4% durch den Rat und die Teuerung war bei 2,1% also hat die Gemeinde faktisch eigentlich 0,3% zu viel Lohn bezahlt, wenn man von Teuerungsbereinigt sprechen möchte. Jetzt sind wir wieder auf dem gleichen Weg. Ich würde gerne eine rhetorische Frage aufnehmen und ökonomisch könnte man auch sagen, rückwirkend könnte man auch diskutieren den Lohn anzupassen, entweder nach oben oder nach unten. Es kann natürlich auch sein, dass die Teuerung weiter steigt, entsprechend stellen wir den Antrag zur Lohnerhöhung von 1,1% für das Jahr 2025.

Mara Jenni, Präsidentin: Weil es jetzt einen Gegenantrag gegeben hat, werden wir zuerst die beiden Anträge gegeneinanderstellen.

Bettina Lutz-Güttler, Gemeindeammann: Ich finde gerade die Unterlagen nicht. Wenn wir anfangen zurück zu buchstabieren, dann muss man das Jahr vorher noch zitieren. Ich habe die Unterlagen leider nicht dabei aber vorletztes Jahr haben wir deutlich weniger Lohnerhöhung gesprochen als die Teuerung, welche dann effektiv resultiert hat. Aus diesem Grund finde ich das eine sehr schwierige Situation, wenn man jetzt anfängt rückwärts diskutieren und zu dem was ich noch vergessen habe, vorher zu sagen, die Mobilitäts-Beilage haben die Leute noch nicht bekommen, weil das Parkierungsreglement noch nicht in Kraft gesetzt wurde.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich möchte auch das diese Diskussion nicht ausufert, aber ich gebe dir trotzdem nochmals das Wort Lukas Füglistner.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Schön hast du mich angeschaut. Ich habe wegen der Mobilitätsprämie nichts gesagt, ich habe das bereits abgeklärt mit Bernhard Wehrli. Er hat mir klar Auskunft gegeben, dass diese noch nicht eingeführt wurde und dementsprechend ist das nicht Gegenstand von meiner Meinung.

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Ich denke wir sollten im Ganzen auch ein wenig schauen, was im Umfeld passiert und der Kanton Aargau als Macht im ganzen Kanton eine Lohnerhöhung von 1,4%, dieser liegt auch genau bei der FIKO.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann werden wir jetzt darüber abstimmen, ob wir den Antrag der SVP-Fraktion oder von der FIKO abstimmen möchten, wenn es jetzt noch ein Votum gibt?

Abstimmung

Antrag: Die SVP-Fraktion beantragt eine Lohnerhöhung von 1,1% für das Jahr 2025 am Antrag von der FIKO gegenüberstellen, darin steht Lohnerhöhung nur um 1,4% anstatt 1,8%, wer dafür ist, dass man über den Antrag der SVP-Fraktion abstimmen, sollen bitte jetzt die Hand erheben.

Der Antrag der FIKO wird mit 31 Ja-Stimmen angenommen.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es noch Voten zum Antrag der FIKO?

Mia Jenni, SP-Fraktion: Ich sekundiere mit meinem Votum auch stark an Bettina. Wir leben nach wie vor in Zeiten, in der das Portemonnaie von grossem Teil der Bevölkerung immer dünner wird. Die Teuerung ist nur ein Faktor, den man hierbei beachten muss und deshalb ist es auch nicht ganz sinnvoll, dass wir hier drin nur über die Teuerung diskutieren. Wir haben ein Umfeld in der die Prämien explodieren und wir haben auch steigende Mieten, vor allem im Raum Baden. Wenn man auf die andere Seite schaut, die Gewerkschaften sprechen davon, dass eine sinnvolle Lohnerhöhung, wenn man alles realistisch einberechnen würde im Jahr 2025 von 2-4% und mit 1,8% wären wir als Gemeinde hier drunter. Aus unserer Sicht wäre es nicht von Vorteil, wenn man den Lohn weiter kürzt. Die Mobilitätsprämie, welche vorher erwähnt wurde ist auch kein Argument, denn diese werden erstattet, wenn das Parkieren jetzt kostet. Das heisst das ist jetzt kein Zusatz oder ein Bonus, es ist eher als Abfederung gedacht für die Personen, welche in der Verwaltung arbeiten plus es ist ein Arbeitnehmer-Markt, dass heisst, wenn wir keine gute Arbeitsbedingungen bieten, dann gehen die Mitarbeiter dann einfach wieder und wir wissen alle, wie mühsam und schwierig es ist die Stellen wieder zu besetzen. Schlussendlich wollen wir als Gemeinde auch vorwärts machen und deshalb im Sinn von der Lebensrealität in dem wir alle drinnen leben, stimmt doch bitte diesen 1,8% zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Wer dem Streichungsantrag zustimmen möchten, dass die Lohnerhöhung nur 1,4% anstatt 1,8%, soll doch bitte jetzt die Hand erheben.

Der Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen angenommen.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann würden wir jetzt damit beginnen, durch die Rechnung durchzugehen.

0 Allgemeine Verwaltung

Mara Jenni, Präsidentin: Hierbei geht es um den Antrag zur Streichung vom Bibliothek-Kabelschutzrohr oder eine neue Einstellung von CHF 5'000 für eine alternative Massnahme, wie man gehört hat, ist der Gemeinderat dafür.

Peter Stucki, Vizeammann Der Antrag lautet von CHF 20'000 auf CHF 5'000 zu reduzieren. Sie haben das Budget, die Einstellung vorgenommen, man könnte das tatsächlich auch über die Luft erheben und wir wären mit dem Antrag der Finanzkommission einverstanden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: 0290.3144.00 Unterhalt Hochbauten, Streichung vom Bibliothek Kabelschutzrohr von CHF 20'000 und eine Neueinstellung von CHF 5'000 für eine alternative Massnahme. Wer dem Streichungsantrag zustimmen möchten, soll bitte die Hand erheben.

Der Streichungsantrag wird mit 37 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung

Keine weiteren Wortmeldungen.

2 Bildung

Mara Jenni, Präsidentin: Hierbei geht es um das Konto 2170.5040.37 und um den Fahrrad Unterstand beim Schulhaus Unterboden für die Lehrer. Streichung des Budgetpostens für ein Fahrradunterstand beim Schulhaus Unterboden für die Lehrpersonen im Umfang von CHF 89'400.

Peter Stucki, Vizeammann: Ich weiss gar nicht, was ich sagen soll, ob wir den Antrag unterstützen oder ob der Gemeinderat den Antrag zurückzieht. Wir ziehen den Antrag hierfür zurück und werden dieses Projekt überarbeiten.

Mara Jenni, Präsidentin: Wir würden jetzt trotzdem über den Antrag abstimmen, denn sonst wird es zu kompliziert.

Abstimmung

Antrag: Streichung des Budgets für ein Fahrrad-Unterstand Schulhaus Unterboden für die Lehrpersonen im Umfang von CHF 89'400. Wer mit dem Streichungsantrag der FIKO einverstanden ist, soll doch jetzt bitte die Hand erheben.

Der Streichungsantrag wird mit 37 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

3 Kultur, Sport und Freizeit

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Wir haben einen Streichungsantrag, betreffend dem Konto 3411.3636.06 Defizit-Beitrag HGB, wir beantragen die Reduktion der Summe um CHF 24'000

auf den Budget-Betrag vom 2024, der ist CHF 625'600. Die Begründung dafür ist: Die Gemeinde hat wenig Einfluss Möglichkeiten auf den wirtschaftlichen Erfolg vom HGB und hat ja auch Mitwirkungs-Entscheidungsrecht bezüglich der Betriebsausgaben, trägt aber dennoch das Defizit. Mit dem festlegen vom Defizit Beitrag, erscheint uns hier ein wenig willkürlich, weil das Hallenbad im Jahr 2025 nicht unbedingt länger geschlossen sein wird, als im Jahr 2024. So sehen wir nicht wieso man jetzt den Defizit-Beitrag schon im Voraus anpasst. Die Relikt-Saison ist wetterabhängig, hier können wir sowieso nichts machen. Wir erwarten eigentlich, dass das Defizit nicht grösser wird also das der Defizit-Rahmen nicht überschritten wird, als das wir im Jahr 2024 schon gehabt haben.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es zu diesem Streichungsantrag eine Stellungnahme vom Gemeinderat?

Peter Marten, Gemeinderat: Im Grundsatz sind wir einverstanden aber hast du CHF 600'000 gesagt? Das Budget wäre bei CHF 800'000.

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Das sind die Abschreibungen, es geht jetzt aber um den Defizit-Beitrag und nicht um die Gesamtsumme.

Peter Marten, Gemeinderat: Alles klar, ich habe es falsch verstanden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Konto 3411.3636.06 Defizit-Beitrag HGB, Reduktion um CHF 24'000 auf den Stand des Budget 2024. Wer mit dem Streichungsantrag der FIKO einverstanden ist, soll doch jetzt bitte die Hand erheben.

Der Streichungsantrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen angenommen.

Mara Jenni, Präsidentin: Jetzt würden wir zum Antrag von Ralph Hunziker, SP-Fraktion gehen.

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Der Einwohnerrat beschliesst, die Erhöhung des Budget-Konto 3410.3170.02 - ich habe es in den Sportbereich genommen unter Projekte, das sind Sport Veranstaltungen und Projekte - um CHF 45'000 auf das Total von CHF 50'700 zu Gunsten vom Projekt "Open-Sunday". Ich möchte eure Abstimmung nicht schon vorwegnehmen, stets auch nicht beeinflussen aber falls dieses Postulat innerhalb von 6 Monaten beantwortet und angenommen wird, dann könnte es theoretisch eine Umsetzung im nächsten Jahr bzw. im Herbst geben. Wenn man diesen Budget-Posten nicht drinnen hat, ich habe jetzt einmal das ganze CHF 45'000 reingenommen, falls wir alles bezahlen müssten und dann retour erhalten und das wie das Maximum ist, das wir das dann auch umsetzen, falls es dann wirklich angenommen wird und überhaupt realisierbar ist.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es hier noch eine Stellungnahme vom Gemeinderat?

Ralph Hunziker, SP-Fraktion: Sonst wäre es halt erst im Jahr 2026 realisierbar, ist auch in Ordnung.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Einwohnerrat beschliesst die Erhöhung des Budget-Kontos 3410.3170.02 Sportveranstaltungen Projekte um CHF 45'000 auf Total CHF 50'700 zu Gunsten des Möglichen Projektes "Open-Sunday". Wer dem Antrag von Esther Reimann und Ralph Hunziker einverstanden ist, soll doch jetzt bitte die Hand erheben.

Der Antrag wird mit 24 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

4 Gesundheit

Keine weiteren Wortmeldungen.

5 Soziale Sicherheit

Peter Stucki, Vizeammann: Im Konto 5452.3111.00 ist aufgeführt, die Ersatzbeschaffung einer grossen Mehrfamilienhaus-Waschmaschine. Lukas Füglistler hat angefragt und dann haben wir festgestellt, wir haben das nicht budgetiert und wir haben es auch nicht für dieses Jahr budgetiert und aus den letztjährigen Vorlagen ist der Satz stehen geblieben, das heisst man kann diesen ignorieren. Es ist in diesem Budget keine Waschmaschine mehr drin, die ist schon da. Wir entschuldigen uns für den Fehler.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Es geht um die beiden Anträge. Ich nehme sie beide direkt zusammen. Hilfsaktionen im Ausland und Hilfsaktionen im Inland. Bei den Hilfsaktionen im Inland geht es um eine Reduktion von CHF 5'000 auf CHF 0. Bei den Hilfsaktionen im Ausland um eine Reduktion von CHF 10'000 auf CHF 0. Die Gemeinde hat auf dem Konto 3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck CHF 117'000 im total budgetiert. Die FIKO stellt sich grundsätzlich auch nicht gegen freiwillige Spenden und die lokalen Beiträge sind sicherlich in Ordnung. Bei diesen Anträgen, geht es aber um Entwicklungs- und Katastrophenhilfe mit keiner direkten Verbindung zur Gemeinde. Die Spenden werden einfach sehr viel kleiner in Organisationen verteilt also eigentlich sind es CHF 500 und die FIKO sieht es nicht als Kernaufgabe, welche durch die Gemeinde als Kleinspende zugesprochen. Der Gemeinderat sagt auch sehr das grosse Wert daraufgelegt wird, wie mit dem Geld im Detail umgegangen wird, das heisst man muss davon ausgehen, dass viel Zeit investiert wird für das. Wir sind der Meinung, dass man das entsprechend streichen sollte.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Der Gemeinderat hält an diesen beiden Budget-Posten fest. Es handelt sich um Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Das sind Hilfsorganisationen, welche angewiesen sind auf Spenden. Viele dieser Organisationen haben Bezug zu Obersiggenthal. Es gibt einige Einwohner bei uns, welche sich aktiv engagieren, die selber Hilfsorganisationen auf die Beine gestellt haben und dann auch regelmässig bedacht werden mit entsprechenden Spenden. Ausserdem gibt es auch Organisationen die bei uns viel geleistet haben. Beispielsweise: Das Telefon, Die dargebotene Hand. Gemeinderat ist auch froh, wenn er seine Solidarität zeigen kann. Die letzte grosse Spende, welche wir gemacht haben, ist einmal zu Händen der Ukraine gewesen, in dem Moment als der Krieg ausgebrochen ist. Wir beantragen, dass das im Budget stehen bleiben sollte. Der Einwohnerrat hat auch schon mehrere Male darüber abgestimmt.

Mara Jenni, Präsidentin: Gibt es zu diesen beiden Anträgen noch Fraktions- oder Einzelvoten?

Jacqueline Magni, EVP-Fraktion: Wir haben im Jahresbericht nachgelesen, welche Organisationen unterstützt werden und geben Bettina Lutz Güttler Recht, wir finden, diese sind es Wert, dass man sie weiterhin unterstützt. Aus diesem Grund, werden wir beide Anträge ablehnen und das Anliegen des Gemeinderates unterstützen.

May Beyli, SP-Fraktion: Wir danken der FIKO sehr für ihre wertvolle Arbeit. Wir sind sehr froh, dass ihr diese Arbeit für uns alle macht. Gleichzeitig haben wir mit Staunen zur Kenntnis genommen, dass die FIKO vorschlägt die Beiträge an private Organisationen zur Entwicklungs- und Katastrophenhilfe sowie Hilfsaktionen im Ausland und private Organisationen ohne Erwerbszweckersatz zu streichen und so insgesamt CHF 15'000 einzusparen. Grundsätzlich sind Spenden mehr als nur finanzielle Beiträge. Sie sind Ausdruck von Solidarität und Mitgefühl. Wir würden uns gerne dafür aussprechen, dass wir diese Spenden beibehalten und bitten diesen Antrag abzulehnen.

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Ich habe noch eine kurze Verständnis Frage. Es gibt ja in diesem Konto 5720.3636.00 Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Aber nicht über Spenden von CHF 23'080. Das sind ja fix gebundene Beiträge, auch kleinere Beiträge, welche aber jedes Jahr geleistet werden. Diese sind also auch schon drin, neben den Spenden, welche man auch noch vornimmt, einfach als Information das man das auch noch im Kopf hat. Wir würden nicht alles streichen, sondern wir streichen das, was nicht zweckgebunden ist.

Mia Jenni, SP-Fraktion: Ich möchte einfach kurz auf zwei drei Sachen reagieren, mir ist das wirklich sehr aufgefallen. 1. CHF 15'000 streichen, welche auch wirklich sehr viel Solidarität bedeuten aus Zweck, dass das Budget ein bisschen besser aussieht. Es hat auch geheissen, dass es eine Zeit-Investition gibt, welche von der Seite der Gemeinde kommt. Das stimmt, es ist eine Zeit-Investition. Ich habe auch mal in diesem Bereich gearbeitet. Es gibt relativ gute Instrumente zum so Organisationen prüfen plus, wenn Personen von der Gemeinde involviert sind, dann sind das auch Tätigkeiten, die man in der Gemeinde unterstützt. Dann muss man halt auch sehen, dass wir uns momentan in einem Umfeld bewegen wo sich so Organisationen bewegen, wo die Spendengelder immer dünner werden und sie werden auch von Kantonalen und Nationalen Ebenen gestrichen und es ist schon auch ein Symbol, welches wir als Gemeinde senden, wenn wir sagen auch wir können es nicht verkraften, die CHF 15'000 an die Organisationen zu spenden das tönt jetzt vielleicht heftig, aber als eine Person die ab und zu auch noch Einblick hat in diese Welt sind diese paar tausend Franken Überlebenswichtig und ich finde es recht schwierig, dass wir wegen diesen CHF 15'000 denken, unser Budget sieht nachher besser aus.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungen

Streichungsantrag der FIKO zu dem Konto 5920.3636.00 Hilfsaktionen im Inland – Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Der Antrag lautet wie folgt: Reduktion um CHF 5'000 auf 0 CHF

Der Streichungsantrag der FIKO wird mit 14 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Streichungsantrag der FIKO zu dem Konto 5930.3636.00 Hilfsaktionen im Ausland – Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck. Der Antrag lautet wie folgt: Reduktion um CHF 10'000 auf 0 CHF

Der Streichungsantrag der FIKO wird mit 15 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

6 Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Hanne Rigter, SP-Fraktion: Wir haben einen Antrag zu der Wiederaufnahme der Budgetposition für die Gemeindetageskarten der SBB. Wir haben dies vor 2 Jahren auch schon diskutiert und den Antrag gestellt. Bis und mit dem Jahr 2023, haben wir von dem Konto 6290 Öffentlicher Verkehr, den Antrag der Gemeindetageskarten der SBB budgetiert. Im Jahr 2023 für CHF 56'000. Vor einem Jahr war nicht ganz klar, wie es mit dem Angebot weitergeht. Daher wurde es im Jahr 2024 nicht budgetiert. Wir haben uns nochmals mit dem Angebot auseinandergesetzt, was die SBB anbietet. Es gibt ein neues Konzept, da bleibt nichts bei der Gemeinde hängen. Das heisst, es gibt ein Spartagesangebot ab CHF 39. Es gibt auch 1. Klasse Tickets. Diese Tickets sind auch elektronisch verfügbar. Das Kontingent liegt nicht in der Gemeinde, das heisst wir müssen diese Tickets nicht vorab kaufen. Wir kaufen nur die verkauften Tickets. Deshalb stellen wir den Antrag, dass wir die Gemeindetageskarten der SBB wieder ins Budget aufnehmen. Das Budget ist am Schluss wieder 0. Wir haben auf diesen Gemeindetageskarten ein Verkaufskommission von 5 %.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wir haben das abgeklärt, danke vielmals für diese Anregung, diese ist gestern bei uns reingekommen. Romana Hächler hat sich mit dem neuen Angebot auseinandergesetzt. Es ist tatsächlich so, wenn man dies ins Budget aufnimmt, dann müsste man das Aufwandkonto 6290 Öffentlicher Verkehr, mit CHF 56'000 belasten, aber es gibt Gegenbuchungen. Du hast es gesagt, es gibt eine Verkaufskommission für die Gemeinde von 5 %. Das heisst, wenn man von diesen CHF 56'000, diese 5 % aufrechnet, gibt es einen Ertrag von CHF 58'800. Das ist einfach mal so mathematisch gerechnet. Was bei uns, bei der Gemeinde, hängen bleibt, ist noch die grosse Frage. Wenn man das ausrechnet, von CHF 39, was der Minimalbetrag ist für eine Gemeindetageskarte der SBB, sind 5 %, einen Betrag von CHF 1.95. Damit müsste man auch die Bedienung am Schalter und auch der Ausdruck der Billette abgelten. Aus Sicht der Verwaltung würden wir dem Antrag unterstützen. Es wird allerdings nicht genau so ablaufen, wie Hanne Rigter geschildert hat.

Die Idee wäre, dass von den Personen am Schalter, die genauen Personalien aufgenommen werden, wie diese auch im Ausweis stehen. Das Geburtsdatum muss stimmen, es muss angegeben werden, ob ein Halbtax vorhanden ist, ebenfalls muss die Klasse angegeben werden. Es handelt sich um ein Gesamt-Kontingent von 4'000 Karten pro Tag. Darauf können alle Gemeinden, welche sich angeschlossen haben, darauf zugreifen. Es hat, solange es hat. Die Gemeinde zahlt aber nur die Tageskarten, welche auch nur über unseren Tresen liefern. Wir werden das vor Ort beim Schalter abwickeln und eine Rückerstattung würden wir ausschliessen. Das würde sonst einen riesen Aufwand geben.

Peter Huber, SVP-Fraktion: Ich habe eine Verständnisfrage. Wenn diese nicht auf der Gemeinde gelagert sind, benötigen wir kein Geld. Dann ist es eine Nullrunde. Dann wird die Karte gekauft, wenn der Bewohner diese möchte.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Dieses Kontingent ist elektronisch vorhanden. Die Gemeinde greift darauf zu, wenn jemand am Schalter ist. Dann gibt es entweder noch Tageskarten oder eben nicht mehr. Es gibt auch 2 verschiedene Preise. Der Kunde zahlt diese dann auch gleich am Schalter. Das heisst, wir zahlen die Karten und bekommen dann gleich wieder das Geld vom Kunden.

Romana Hächler, Gemeindeschreiberin II: Es wird so sein, wir erhalten das Geld vom Kunden und zu einem späteren Zeitpunkt erhalten wir die Rechnung der SBB.

Peter Huber, SVP-Fraktion: Wie kommt ihr auf die CHF 56'000.00?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Das ist eine Annahme. In der Rechnung aus dem Jahr 2023, war es dieser Betrag.

Daniela Graubner, EVP-Fraktion: Meine Frage ist, wenn wir dies nicht machen, hat Obersiggenthal keinen Zugriff auf dieses System? Kann man da nicht auf Untersiggenthal ausweichen?

Hanne Rigter, SP-Fraktion: Es gibt Gemeinden, die bieten das auch Auswärtige an, aber gewisse nicht. Obersiggenthal kann auch selber entscheiden ob sie es allen anbieten möchten oder nur den Bewohnern von Obersiggenthal.

Sandra Hehli, SVP-Fraktion: Bitte denkt daran, wenn ihr diesem Antrag der SP-Fraktion zustimmt. Es heisst schon, dass wir eine Verkaufskommission von CHF 1.95 haben, aber das Personal hat mehr Aufwand. Die Aufwände werden dann der Abteilung Kanzlei zugemutet. Die Öffnungszeiten muss man auch beachten, es ist nicht jeden Tag geöffnet. Der Personalaufwand wird auch höher. Wer Spartageskarten von der SBB haben möchte, kann nach Untersiggenthal oder direkt zur SBB gehen.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Ich finde es ist eine Dienstleistung an unsere Steuerzahler/innen, insbesondere an unsere Rentner/innen. Das ist auch das Volk, welche diese Dienstleistung am meisten gebraucht, diese würde auch gerne an den Schalter kommen. Es hat auch einen sozialen Effekt, welche auch die Gesundheit fördert. Dies könnte uns auch Gesundheitskosten einsparen, wenn mehr gereist wird. Ob die Gemeinde Untersiggenthal, diese Dienstleistung öffentlich anbietet, weiss ich nicht. Die Stadt Baden macht das nicht mehr. Ich nehme an, dass das die meisten Gemeinden mit der Zeit auch nicht mehr Auswärtigen anbietet. Wir haben ein unschlagbares Angebot, wenn wir da nicht zuschlagen, weiss ich auch nicht.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag zum Konto 6290.3634.03, Wiederaufnahme einer Budgetposition für Gemeindetageskarten der SBB. Hiermit beantragen wir die Wiederaufnahme der Budgetposition Gemeindetageskarten der SBB in der Höhe von CHF 56'000. Das Gegenkonto wäre 6290.4240.00 mit den CHF 2'800 mehr.

Der Antrag wird mit 30 Ja-Stimmen zu 4 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

7 Umweltschutz und Raumordnung

Peter Marten, Gemeinderat: Wir würden beim Konto 7301.3132.00, Honorar Externe Berater, Fachexperten, bei der Abfallwirtschaft, gerne CHF 40'000 auslegen für die Projektausarbeitung der Sammelstelle TZ. Es liegt eine Richtofferte vor. Diese ist knapp unter diesem Betrag. Das man dieses Projekt ausarbeiten kann. Wenn man diesem nicht zustimmt, dann bleibt es so wie es ist.

Anand Keshava, glp-Fraktion: Ich finde die Situation bei der Entsorgungsstelle so in Ordnung, wie sie ist. Daher werde ich diesem Antrag nicht zustimmen.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Ich möchte auch gerne noch etwas dazu sagen, da ich diese nicht in Ordnung finde. Es sind CHF 40'000, ich habe vorhin gesagt, dass man mit den Ausgaben vorsichtig sein muss. Nun ist es aber so, dass die SVP-Fraktion hat den ersten Anstoss gemacht, der Gemeinderat den zweiten Anstoss und jetzt geht es um die hard Facts. Es geht darum mit den CHF 40'000 etwas auszuarbeiten und das in eine sinnvolle Endlösung zu bringen, was soweit akzeptiert ist und wenn man jetzt hier nicht Ja sagt, dann wird das hier beerdigt und dann glaube ich, ist über die nächsten fünf oder zehn Jahre die Entsorgungs-Situation so zu akzeptieren, wie sie ist, dass man sich einfach dessen bewusst ist.

Stefan Semela, FDP-Fraktion: Ich habe noch eine kurze Frage an dich Peter Marten. Ist es richtig, dass die geschätzten Kosten für die geplanten Bauten CHF 800'000 wären? Man muss sich einfach bewusst sein, wer schon der Meinung ist, dass es nicht in Frage kommt, da CHF 800'000 zu investieren für die Entsorgung, dann macht es auch keinen Sinn jetzt CHF 40'000 zu sprechen um so ein Projekt auszuarbeiten. Jeder soll seine persönliche Meinung haben zu diesem Thema. Es gibt andere Anbieter in der Region, welche bekannt sind und man alles Entsorgen kann, ich würde diesem Antrag nicht zustimmen.

Peter Marten, Gemeinderat: Es betrifft den Eigenwirtschaftsbetrieb und die Abfallwirtschaft. Ich habe nie gehört, dass irgendjemand gesagt hat, dass die Situation so wie sie ist, gut ist. Ich habe versucht aufzuzeigen, wo wir ein Defizit haben. Was wir nicht wollen, ist ein Projekt auszuarbeiten, welches dann abgeschossen wird. Aus diesem Grund würden wir den Antrag so stellen, dass wir bevor wir die Arbeit machen, dem Einwohnerrat die Chance geben zu sagen, ob man es grundsätzlich sieht oder man es nicht sieht. Der Gemeinderat sieht das ein Handelsbedarf besteht.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag zum Konto 7301.3132.00, Honorare externe Beratung-Fachexperten etc. und es geht um eine Aufnahme von CHF 40'000 für Projekt-Ausarbeitung, Hauptsammelstelle TZ.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 27 Ja-Stimmen zu 7 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich bitte noch um ein bisschen Disziplin bis zum Ende der Sitzung. Gibt es hier noch weitere Anträge.

David Wick, glp-Fraktion: Es geht nur um CHF 5'000. Im Jahr 2023 hat der Einwohnerrat CHF 160'000 zugestimmt als einen Antrag für die Wasserwirtschaft/ Wasserversorgung Obersiggental. Dort ist es darum gegangen, dass man ein Notstromaggregat kauft plus einen Anhänger und jetzt ist der Antrag gestellt worden, dass man noch einen zweiten Anhänger für nochmals CHF 5'000. Wir sind der Meinung von der FIKO, dass man diesen nicht braucht bzw. dass man

das anders lösen kann. Aus diesem Grund stellen wir den Antrag auf Streichung von CHF 5'000.

Peter Stucki, Vizeammann: Der Gemeinderat kann dem Antrag der FIKO zustimmen. Ausfolgendem Grund: man kann die CHF 5'000 aus dem Budget rausnehmen und im Bedarf den Anhänger über den Verpflichtungskredit, der bereits genehmigt wurde abrechnen.

Jaqueline Magni, EVP-Fraktion: Ich hätte noch eine kurze Verständnisfrage, dass heisst er wird angeschafft aber einfach über ein anderes Konto abgerechnet.

Peter Stucki, Vizeammann: Genau, über den Verpflichtungskredit und nicht übers Budget oder andere laufenden Rechnungen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Antrag zum Konto 7101.3111.00, Anschaffung von Maschinengeräten und Fahrzeuge. Streichung des zweiten Anhängers für Notstromaggregate, der Streichungsbetrag beträgt CHF 5'000.

Der Antrag der FIKO wird mit 37 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

8 Volkswirtschaft

Keine Wortmeldungen.

9 Finanzen und Steuern

Mara Jenni, Präsidentin: Dann kämen wir jetzt zu den Spezialfinanzierungen, gibt es zu den Spezialfinanzierungen: Wasser, Abwasser oder Abfallwirtschaft Fragen, Bemerkungen oder Anträge?

Keine Wortmeldungen.

Mara Jenni, Präsidentin: Dann kommen wir zur Investitionsrechnung und den Stellenplan. Gibt es hierzu noch Fragen, Bemerkungen oder Anträge?

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Antrag: Der Gemeinderat beantragt den Einwohnerrat das Budget 2025 inkl. Spezialfinanzierungen: Wasser, Abwasser und Abfall mit einem unveränderten Steuerfuss von 110%. Die Summe der Stellenprozente gemäss Stellenplan (inkl. zusätzlicher Personalaufwand von CHF 158'400, wegen dem Traktandum 6, welchem man zugestimmt hat), zu genehmigen und für die Spezialfinanzierungen: Wasser, Abwasser und Abfall die Erhöhung der Verbrauchsgebühr pro Kubikmeter gemessenen Wasserverbrauch um 30 Rappen pro Kubikmeter der Senkung der Benutzungsgebühren pro Kubikmeter gemessener Wasserverbrauch um 30 Rappen pro Kubikmeter und der Beibehaltung der Kehrrechtgebühren, Abfallbewirtschaftung zuzustimmen.

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 35 Ja-Stimmen zu 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen angenommen.

Das Budget 2025 wird genehmigt.

9 2024/15 Termine 2025

Eintreten nicht bestritten

Mara Jenni, Präsidentin: Es gibt keine Stellungnahme vom Gemeinderat? Gibt es Fraktions- oder Einzelvoten?

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung

Die Termine 2025 werden einstimmig genehmigt.

10 2024/16 Umfrage

Marco Erni, SP-Fraktion: Ich würde gerne vom Gemeinderat wissen, es geht um das Areal Bachmatt. Vor drei Jahren hat der Gemeinderat einen Masterplan verabschiedet, der sich vor allem im Ausserraum im Bereich der Entwicklung vom Gebiet durchs Gemeindehaus, Schulen und Sportplätzen zu Lande setzt. Nach drei Jahren ist es für mich eigentlich so, dass eine Sofortmassnahme für mich keine Sofortmassnahme mehr ist. Aus diesem Grund wollte ich fragen, wann diese Sofortmassnahmen umgesetzt werden.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Die Planungskommission hat sich intensiv mit dem Bachmatt-Areal auseinandergesetzt. Sie haben den Auftrag erhalten, um sich zu überlegen, wie längerfristig auf diesem Areal Gebäude platziert werden. Im Grundsatz zu welchen Zwecken es dienen könnte. Was für Nutzungen darauf angesiedelt werden könnten. Der Masterplan bietet eine gute Grundlage für weiterführende Planungen. Daneben hat sich die Kommission auch effektiv Gedanken darüber gemacht über kurzfristige Aufwertungsmassnahmen. Das sind Vorschläge gewesen und der Gemeinderat hat dem grundsätzlich auch zugestimmt. Es ist aber so, dass der Gemeinderat hiermit nicht bereits Budget-Anträge gestellt hat.

Der Gemeinderat sieht sich jeden Tag mit Herausforderungen konfrontiert. Zum Bsp. hat es sich zwischenzeitlich dort ergeben, dass der Dachstock vom Schulhaus Bachmatt ein Problem hat. Man wusste nicht ob man allenfalls einen Container hinstellen sollte. Zurzeit läuft die Schulraumplanung. Von dem her, muss man auch gewisse Sachen rausschieben und allenfalls sich irgendwann davon verabschieden.

Zur Umwandlung der Kiesfläche in den Kiesrasen: Der Budgetposten, ist bereits mehrere Male im Budget-Prozess im Gemeinderat dem "Rotstift" zum Opfer gefallen. Es ist aber natürlich eine Möglichkeit, dass jeder Einwohnerrat einen Antrag stellt, es soll z.B. der Kiesplatz zu realisieren und der Betrag, ist ebenfalls klar und dann entscheidet der Rat darüber. Trotzdem möchte ich an diesem Ort noch ein paar Hinweise anbringen. Mittlerweile ist schon einige Fläche von diesem Kiesplatz bewachsen und das gratis. Das führt mich zum zweiten Punkt, Herr Fink unser Eismeister, ist nämlich gar nicht darüber erfreut, dass dort bereits schon Gras wächst, denn durch dieses Gras ist für ihn den Aufbau von einer glatten und stabilen Eisfläche schwerer. Denn wenn es einmal genug kalt ist, wird das Eis sich über dem Gras brüchig. Der Kiesplatz ist nicht einfach ein Parkplatz, es ist auch ein Ort für Veranstaltungen. Im September hat der Regionaltag der Feuerwehr dort stattgefunden und im nächsten Jahr findet die Gewerbeausstellung UNDOB statt. Ob man wirklich einmal den Kiesrasen im Budget, von Seiten des Gemeinderats bereits drin hat und was dann danach mit diesem Budgetposten passiert, wissen wir heute noch nicht. Vielleicht ist er bereits nächstes Jahr drin. Wir haben vielleicht nächstes Jahr nicht so ein grosses Defizit, welches wir budgetieren müssen. Dann hat es auch schon wieder Platz für so einen Posten und sonst, darfst du gerne den entsprechenden Antrag stellen.

Dann haben wir noch die Frage von der Aufwertung des Spielplatzes Schulhaus Bachmatt. Im Schulhaus Bachmatt werden Schüler/innen von der Unterstufe unterrichtet. In unmittelbarer Nähe, haben wir den Spielplatz Rumpelplutsch und auch die Spielwiese gibt gute Spielmöglichkeiten. Viele spielen in der Pause auch einfach "Fangis" auf dem Platz oder "Versteckis", das kann ich aus meinem Büro sehr gut beobachten.

Leider haben wir in einem anderen Schulhaus ein grösseres Spielplatz-Problem aus Gründen der Sicherheit haben nämlich einige Spielplätze im Unterboden abgebaut werden müssen. Der gewünschte Start von einem partizipierten Prozess, müsste zudem sichergestellt sein, dass die Schule auch über genügend Ressourcen verfügen um so einen Prozess durchzuführen. So ein Prozess regt dann natürlich auch Hoffnungen und Erwartungen bei diesen Personen, die teilnehmen. Die Schule selber, hat sich bisher betreffend einem Ausbau vom Spielplatz im Schulhaus Bachmatt noch nicht mit uns in Verbindung gesetzt. Wie gesagt, wir schätzen das Engagement der Mitglieder der Planungskommission sehr aber das sind Budget relevante Ausgaben, die man nicht in der Planungskommission letztlich entscheiden sind. Es sind die Anregungen, die dann im Gemeinderat je nach dem im Budget seinen Niederschlag finden oder der dann aus dem Kreis von den Einwohnerräte Budgetprozesse und in Budget-Beratung eingebracht werden. Ich verstehe aber das, dass natürlich auch gewisses Frustrationspotential hat.

Daniel Gadiant, SVP-Fraktion: Ich habe zwei kurze Fragen. Das eine ist das Thema mit dem Sternen-Areal, bei dem sich Gemeindeangestellte vermutlich illegal Zutritt verschafft haben. Wie geht es jetzt weiter? Macht die Gemeinde etwas oder wurde das einfach unter den Tisch gewischt? Das zweite ist, mir ist zu Ohren gekommen, dass die Gemeinde einen Notstromgenerator angeschafft hat, der zu schwach gewesen sein soll und jetzt müsste man wieder einen neuen anschaffen nachdem man die wichtigen Messungen gemacht hat, stimmt das?

Mara Jenni, Präsidentin: Ich möchte einfach kurz darauf hinweisen, ich weiss nicht ob das passiert ist oder nicht. Ich würde jedoch vorschlagen, dass wenn man Anfragen in der Umfrage hat, im Vorhinein dem Gemeinderat zusendet, damit sie sich auch adäquat vorbereiten können. Das würde es uns dann auch ein wenig erleichtern für die Planung der Sitzung und auch, dass der Gemeinderat sich entsprechend vorbereiten kann. Gibt es eine Antwort vom Gemeinderat?

Peter Stucki, Vizeammann: Eine Antwort zum illegalen Zutritt der Person. Wir sehen es anders aber es ist ein laufendes Verfahren im Rahmen eines Baugesuches. Dazu können wir heute nichts sagen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Ergänzend wir haben keine Kenntnis von einer Strafanzeige.

Mara Jenni, Präsidentin: Es gäbe rein theoretisch noch eine zweite Frage.

Bettina Lutz Güttler, Gemeinderat: Die zweite Frage müssten wir noch genauer abklären.

Mara Jenni, Präsidentin: Auf die zweite Frage wird bei der nächsten Einwohnerratssitzung eine Antwort gegeben.

Alois Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Es geht um die Kreuzung bei der Trotte in Kirchdorf. Anlässlich der Sichte, habe ich gesehen, dass es eine sehr gefährliche Kreuzung ist. Ich bin in letzter Zeit oftmals zu unterschiedlichen Zeiten mit dem Velo vorbeigefahren und habe gesehen, dass sich die gefährliche Situation wirklich immer wieder vergegenwärtigt. Wir haben dort zwar eine 30 Zone aber die schnellen E-Biker respektive, die normalen Velofahrer und Automobilisten, kommen sich immer wieder in die Quere. Darum muss man auch einfach mal daran denken, dass die Kreuzung auch sehr oft gebraucht wird von unseren kleinen Schüler/innen, die auf dem Schulweg dort sind. Meine Frage an den Gemeinderat ist, ist die Kreuzung als Gefahr bekannt und wenn ja, was macht der Gemeinderat oder hat der Gemeinderat gemacht. Wenn Nein, könnte der Gemeinderat die Polizei vielleicht einmal wieder avisieren, dass man dort nochmals genauer hinschauen sollte.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich nehme an diese Frage wurde auch im Vorhinein nicht eingereicht, möchtet ihr trotzdem Stellung nehmen.

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Diese Kreuzung ist vor allem der Verkehrskommission hinlänglich bekannt. Wir bekommen in regelmässigem Intervall, von etwa all zwei Jahren, Anfragen über, das wurde schon mehrfach angeschaut. Was soll ich sagen? Es gilt dort grundsätzlich der Rechtsvortritt, das gilt für alle. Die Sichtweiten sind eingehalten. Was man sich überlegen könnte, wäre auf einer Seite einen Stopp einzuzeichnen, ob das dann wirklich etwas bringt ist die andere Frage. Hast du noch etwas Lukas Füglistler? Weissst du noch etwas aus deiner Zeit in der Verkehrskommission, die du ergänzen könntest dazu.

Lukas Füglistler, SVP-Fraktion: Carol Demarmels hat im Rahmen von einem sicheren Schulweg schon Eingaben gemacht. Die Verkehrskommission, hat es schon X-mal diskutiert. Es gibt X-Themen, welche alle zwei Jahre wiederkommen. Es wurde angeregt, dass man etwas prüft wegen einem Spiegel, aber das ist irgendwie nicht Zielführend gewesen. Das einfachste wäre den Boden bei der Trotte abzutragen, was auch nicht so einfach wäre. Am Schluss läuft es darauf aus, Rücksicht aufeinander zu nehmen. Auch wenn man mit Tempo 30 um die Ecke fährt, ist es einfach sehr schnell. Denn es ist schnell etwas passiert. Es führt kein Weg daran vorbei, dass man aufeinander Rücksicht nimmt.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Ich freue mich natürlich über jeden, der das Thema noch anspricht auch innerhalb dieses Gremiums, vielleicht hat jemand in den letzten Jahren noch nicht mitbekommen. Eigentlich müssen wir das ernstnehmen, da dieses Thema alle zwei Jahre wiederkommt. Ich würde sogar sagen es kommt fast jedes Jahr wieder auf. Es wird auch immer wieder in Kirchdorf angestossen, jetzt machen wir eine Petition. Dann sind wieder Eltern da, die sagen, jetzt gehen wir wieder an die Verkehrskommission. In der Verkehrskommission kommt auch immer wieder: Die Ecke wurde untersucht, in dem Schulwegbericht wurde nichts erwähnt von wegen eingeschränkter Sicht. Man solle die Ecke doch bitte nochmals anschauen, die Sicht ist nicht eingehalten, wenn man von unten her nach oben kommt. Das Thema mit dem Spiegel wurde X-Mal diskutiert, da kam es anscheinend immer wieder zum

Schluss, dass der Spiegel es gefährlicher machen würde, weil man sich dann auf den Spiegel fokussiert. Aber weiter hat man nie etwas abgeklärt. Man hat eigentlich immer bei diesem Punkt "Der Spiegel bringt es nicht" wurde die Diskussion wieder abgebrochen. Ich persönlich störe mich sehr daran, ich nerve mich fast täglich ab diesem Ecken. Ich glaube jeder der dort mal durchgefahren ist, sagt wenn man mit einem Velo, einem Trotti oder was auch immer, weiss, wie gefährlich es ist. Dementsprechend die Bitte an die Verkehrskommission, das sich noch einmal zu überlegen. Man könnte nur schon den ganzen Boden rot markieren. Übrigens mit der Polizei bin ich auch schon mehrfach in Kontakt gewesen. Sie lernen jetzt den Kindergärtner/Innen, dass sie dort gar nicht durchlaufen, sondern dass sie weiter oben über die Strasse laufen und dann am Weg lang. Das ist eine absurde Situation.

Alois Baumgartner, Die Mitte-Fraktion: Ich möchte noch kurz ergänzen, die Problematik ist vor allem, wenn man vom Restaurant Hirschen oben rauffährt. Wenn also jemand schnell kommt, sieht man diesen nicht. Ich verstehe nicht, warum man in der Schule nicht daran gedacht hat, Schwellen reinzutun. Das heisst wirklich, sagen wir es mal so, 90% meiner Meinung nach, kommt mehr als mit einem Tempo von 30 rauf und wenn eine Schwelle dort wäre, dann käme man nicht mehr mit Tempo 30.

Carol Demarmels, SP-Fraktion: Ich bitte den Gemeinderat, der Verkehrskommission den Auftrag zu geben sich die Stelle noch einmal anzuschauen und mögliche Massnahmen vorzuschlagen um dort eine erhöhte Sicherheit einzubauen.

Lukas Füglistner, SVP-Fraktion: Die Verkehrskommission ist eine Beratungskommission und kann dem Gemeinderat Vorschläge unterbreiten. Der Gemeinderat entscheidet dann, ob ja oder nein.

Mara Jenni, Präsidentin: Ich nehme jetzt schwer an, dass die Problematik jetzt mal aufgegriffen wurde? Wenn es konkret bearbeitet werden müsste, nehme ich an, dass das in Folge eines Postulates eingereicht werden soll? Ich weiss nicht, ob wir jetzt zu einem befriedenden Schluss von dieser Problematik kommen. Es scheint mir nicht der Fall zu sein. Es haben noch zwei weitere Personen auf gestreckt. Ich hoffe sie werden nicht noch mehr Einwände dazu haben.

Ivan Füglistner, SVP-Fraktion: Ich habe jetzt noch zwei Fragen zur Fusion, der Feuerwehr. Wie ist der aktuelle Stand und wie ist die weitere Vorgehensweise von der Gemeinde?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Es findet nächsten Donnerstag eine offizielle Informationsveranstaltung für die Feuerwehr-Angehörigen von Obersiggenthal, Untersiggenthal und Würenlingen statt. Das sollte auch entsprechend über das Lodur bekannt gegeben werden.

Ivan Füglistner, SVP-Fraktion: Und die weitere Vorgehensweise nach diesem Informationsanlass?

Bettina Lutz Güttler, Gemeindeammann: Wie es dann weitergeht, werden wir sehen. Ich habe es vorhin bereits schon erwähnt, im Traktandum TLF, wir stehen ganz am Anfang und die Kommunikation muss für die drei Gemeinden gleichgeschaltet sein. Es wird weitere Informationen über das Vorgehen an diesem Informationsanlass geben.

Daniel Jenni, Die Mitte-Fraktion: Ich habe noch ein wenig weitergedacht betreffend der Anfrage von Peter Marten über die Pflegefinanzierung. Wir stimmen jetzt über die EFAS ab. Dann ist zu erwarten, wenn das angenommen wird, dass die Kosten in der Pflegefinanzierung zurückgehen? Weil das anschliessend ja verteilt wird auf Prämien und auf den Kanton.

Mara Jenni, Präsidentin: Das erscheint mir jetzt als Anfrage, die man gerne im Vorhinein hätte zusenden sollen.

Peter Marten, Gemeinderat: Ich war neun Wochen lang im Sabbatical gewesen, keine Ahnung. Ich spiele Mal diese Karte. Das nächste Mal werde ich dazu etwas sagen.

Mara Jenni, Präsidentin: Nochmals meine Bitte. Bitte die Anfragen im Vorhinein an den Gemeinderat senden. Dann wäre das soweit das letzte Traktandum gewesen. Es ist jetzt 23:58 Uhr, ich schliesse somit die 11. Sitzung der laufenden Legislatur. Vielen Dank für eure Geduld, eure Mitarbeit und eure Disziplin.

Die Präsidentin

Mara Jenni

Die Protokollführerin

Romana Hächler